



HALLE ★ Die Stadt

Informationsvorlage

TOP:
Vorlagen-Nummer: **IV/2009/07932**
Datum: 08.04.2009
Bezug-Nummer.
Kostenstelle/Unterabschnitt:
Verfasser: Herr Uwe Weiske
Plandatum:

Beratungsfolge	Termin	Status
Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss	16.04.2009	öffentlich Kenntnisnahme
Jugendhilfeausschuss	07.05.2009	öffentlich Kenntnisnahme
Ausschuss für Planungsangelegenheiten	12.05.2009	öffentlich Kenntnisnahme
Hauptausschuss	20.05.2009	öffentlich Kenntnisnahme
Stadtrat	27.05.2009	öffentlich Kenntnisnahme
Jugendhilfeausschuss		öffentlich Kenntnisnahme
Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss		öffentlich Kenntnisnahme
Stadtrat		öffentlich Kenntnisnahme

Betreff: Familienberichterstattung - 1. Teilbericht Kinderarmut

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat nimmt den vorliegenden 1. Teilbericht der Familienberichterstattung: Kinderarmut, zur Kenntnis.

Finanzielle Auswirkung:

keine

Tobias Kogge
Beigeordneter für Jugend, Schule,
Soziales und kulturelle Bildung

Begründung:

Der Stadtrat hatte im Mai 2005 mehrheitlich die schrittweise Umwandlung der Kinderfreundlichkeitsprüfung in eine Familienverträglichkeitsprüfung (IV/2004/04360) beschlossen. Diese Familienverträglichkeitsprüfung ist seit 2007 in der Verwaltung implementiert und hat ihren Praxistest bestanden (IV/2007/06304). Der Beschluss zur Familienverträglichkeitsprüfung beinhaltet auch den Aufbau einer Familienberichterstattung. Im Januar 2008 stellt die Fraktion DIE LINKE den Antrag (IV/2008/06940) einen Bericht zur Lage der in Armut lebenden Kinder in der Stadt Halle im Rahmen der Familienberichterstattung vorzulegen. Dieser Antrag wurde von der Verwaltung übernommen.

Der nun vorliegende Bericht ist der 1. Teilbericht Kinderarmut der Familienberichterstattung. Als nächster Schritt wird innerhalb der Familienberichterstattung der 2. Teilbericht Bildung vorbereitet. Dieser Bildungsbericht wird voraussichtlich im September 2009 vorgelegt.

Das Bildungsthema hat inhaltlich einen starken Bezug zur Kinderarmutsberichterstattung. In der bundesweiten sozialpolitischen Diskussion gilt die Bildung als stärkste Ressource zur Bekämpfung der Armut, indem sie Chancen eröffnet, den sozialen Aufstieg der betroffenen Kinder und die Unterbindung von Armutskarrieren zu ermöglichen. Das dem Bericht zu Grunde gelegte Bildungsverständnis wird thematisch den Bogen von der frühkindlichen Bildung über die Schul- und Berufsbildung bis hin zur Erwachsenenbildung schlagen.

Inhalt

	Seite
1. Einleitung	04
2. Wann ist man arm? - Zur Definition Materieller Armut	05
Das Äquivalenzeinkommen	05
Das Median-Äquivalenzeinkommen und die Armutsdefinitionen	06
3. Dimensionen der Kinderarmut	07
3.1 Zum Lebenslagenansatz	07
3.2 Dimensionen der Armut	08
4. Kinderarmut in Halle	10
4.1 Materielle Grundversorgung	10
4.2 Bildung und Kultur	16
4.3 Wohnen	20
4.4 Gesundheit	24
5. Erziehung	26
6. Handlungsbedarf und Maßnahmenkonzept	29
7. Anhang Daten	36

Bericht zur Kinderarmut in Halle (Saale)

1. Einleitung

In einem „reichen Land“ wie Deutschland wird „Armut“ im Allgemeinen und „Kinderarmut“ im Besonderen als Skandal empfunden und entsprechend häufig und intensiv öffentlich skandalisiert.

Im Jahre 2005 sorgte eine Studie des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes für negative Schlagzeilen: Jedes vierte Kind in Ostdeutschland sei von Armut betroffen und lebt unter der Armutsgrenze, in Halle (Saale) sogar jedes dritte Kind, hieß es dort.¹ Damit stand die Stadt Halle (Saale) gemeinsam mit Görlitz und Schwerin an der Spitze – hier war die Kinderarmut (mit einer Kinderarmutsquote zwischen 34 und 35%) am größten. Eine aktuellere Studie des Bremer Instituts für Arbeitsmarktforschung und Jugendberufshilfe weist Halle mit 40% Sozialgeldempfängern an allen Kindern bis 14 Jahre auf den 5. Platz aus. Vor Halle liegen die Städte Görlitz, Hoyerswerda, Schwerin und Bremerhaven.

Aber was bedeutet eigentlich Kinderarmut oder Armut im Allgemeinen? Wie lässt sie sich definieren, messen und vor allem: wie kann sie bekämpft werden?

Der Begriff Armut stellt grundsätzlich ein gesellschaftspolitisches Konstrukt dar. Es handelt sich dabei um eine vor dem Hintergrund von bestimmten Werte- und Normvorstellungen ausgehandelte politische Definition.

Oft wird Armut als fehlendes oder zu geringes Einkommen diskutiert. Hier wird entweder auf das Konzept der relativen Armut (Einkommensverteilung) zurückgegriffen oder Armut wird mit dem Bezug von sozialstaatlichen Grundsicherungsleistungen gleichgesetzt (bekämpfte Armut).

Armut auf ihre materielle Dimension zu beschränken und allein auf finanzielle Unterstützung zu bauen, greift zu kurz. „Dauerhafte Abhängigkeit von staatlicher Fürsorge“, so heißt es im Dritten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, „führt zur Verfestigung von Armut – teilweise über Generationen hinweg – und muss vermieden werden.“ Stattdessen wird auf eine „wirksame Aktivierungspolitik“ gesetzt „mit Angeboten etwa für Betreuung, Bildung und Weiterbildung, um die Beteiligten zu befähigen, so weit wie möglich vom Bezug von Transferleistungen unabhängig zu werden. Alle müssen die Chance erhalten, ihre individuellen Möglichkeiten auszuschöpfen.“²

In diesem Sinne ist es auch das Ziel der Stadt Halle, förderliche Bedingungen zum Aufwachsen von Kindern zu schaffen, gegen Kinderarmut auf verschiedenen Ebenen anzugehen und Maßnahmen zu entwickeln.

Vor diesem Hintergrund rückt der vorliegende Bericht das Thema Kinderarmut ins Zentrum, analysiert und beleuchtet Ausmaße, Hintergründe und die verschiedenen Dimensionen der Armut. Nicht zuletzt gilt es, auf dieser Basis Ansatzpunkte für Gegenmaßnahmen offen zu legen. Damit hat dieser Bericht den Anspruch, auf kommunaler Ebene (sozial-)politische Handlungsempfehlungen für eine effektive Armutsbekämpfung zu liefern.

¹ vgl. Der Paritätische Wohlfahrtsverband – Gesamtverband (Hrsg.): „Zu wenig für zu viele“, Berlin 2005

² Dritter Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, S. I

2. Wann ist man arm? - Zur Definition Materieller Armut

Wenn von Armut die Rede ist, dann ist in erster Linie materielle bzw. finanzielle Armut gemeint und die entsprechenden Einschränkungen, die damit einhergehen. Um es mit Volkes Mund zu sagen: Arm ist, wer „von der Hand in den Mund“ lebt und das wenige Geld, das er hat, sogleich für Grundbedürfnisse wie Essen oder Trinken ausgeben muss. Keine Extras, kein Sparstrumpf, kein Luxus....

Aber wo liegt die Grenze? Wer ist arm und wer nicht?

Bei der Betrachtung materieller Armut unterscheidet man absolute und relative Armut. *Absolute Armut* ist definiert als der Zustand, in dem es „den Menschen an lebensnotwendiger Nahrung, Kleidung, Unterkunft oder Gesundheitsfürsorge mangelt und deren physische Existenz unmittelbar bedroht ist“³. Diese auch als *tiefe Armut* bezeichnete *absolute Armut* ist in Deutschland nahezu unbekannt⁴. Es wird daher in Deutschland generell von der *relativen Armut* gesprochen.

Diese kann, wie auch von OECD⁵ und EU genutzt, als Prozentsatz des Median-Äquivalenzeinkommens der gesamten Bevölkerung der Bundesrepublik betrachtet werden (in der Regel 50 bzw. nach neueren Berechnungen 60%). Dieser Wert (bzw. der dazugehörige absolute Wert) wird als Armutsrisikoschwelle⁶ oder auch soziokulturelles Existenzminimum⁷ bezeichnet.

Das Äquivalenzeinkommen

Um ein Referenzniveau zu haben, von dem aus man Abweichungen nach unten (Armut) oder nach oben (Reichtum) betrachten kann, muss ein Durchschnitts- (Median-) Einkommen für Einzelpersonen definiert werden.

Der Berechnung liegt die so genannte Äquivalenzskala zugrunde, die Haushaltsmitgliedern je nach ihrem Alter und ihrer Position im Haushalt (Bezugsperson, Partner, Kind) ein bestimmtes Gewicht zuweist⁸. Zur Berechnung des Äquivalenzeinkommens wird das tatsächlich verfügbare Haushaltseinkommen durch die Summe der Gewichte des Haushalts geteilt. Da die Summe der Bedarfsgewichte stets geringer als die Kopfzahl des Haushalts ist,

³ Statistisches Bundesamt (Hrsg.): „Armut und Lebensbedingungen“, Wiesbaden 2005, S. 17

⁴ vgl. ebd.; so auch in: „Lebenslagen in Deutschland: Der 3. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung“, S. 20

⁵ vgl. OECD (Hrsg.): „What are equivalence scales?“, 2005, S. 1; sowie BMFSFJ: 12. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung, 2005, S. 658

⁶ vgl. Statistisches Bundesamt (Hrsg.): „Armut und Lebensbedingungen“, Wiesbaden 2005, S. 17

⁷ vgl. Gerhard Trabert: „Kinderarmut und Gesundheit“, in: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.): „Kinderarmut in einem reichen Land“, Magdeburg 2008, S. 50; vgl. auch den Fünften Existenzminimumbericht der Bundesregierung, <http://dip.bundestag.de/btd/15/024/1502462.pdf> (abgerufen 13. 08. 2008)

⁸ Die vorzunehmende Gewichtung basiert auf folgender Annahme: eine Person, die mit einer anderen den Haushalt teilt, hat geringere Kosten, als wenn sie allein lebt (Anschaffungen wie Wasch- und Geschirrspülmaschine oder andere Haushaltsgeräte werden nur einmal gemacht, Heiz- und Stromkosten reduzieren sich etc. Des Weiteren hat ein Kind einen geringeren Bedarf und verursacht somit geringere Kosten. Demnach erhält (gemäß „neuer OECD-Skala“) die erste erwachsene Bezugsperson des Haushalts den Wert 1, was sich logisch daraus ergibt, dass diese Person (wie oben aufgeführt) auch als Single denselben Bedarf und damit dieselben Kosten hätte. Die nächsten Personen, etwa der Lebenspartner, erhalten, wenn sie über 14 Jahre alt sind, den Äquivalenzwert 0,5, da sie von den Skaleneffekten profitieren. Kinder unter 14 Jahren erhalten den Wert 0,3. Abgesehen von dem ersten Wert sind alle Gewichtungen nicht eindeutig empirisch ableitbar und daher normativ.

ist das Äquivalenzeinkommen der Einzelpersonen (außer beim Singlehaushalt) stets größer als ihr rechnerisches Pro-Kopf-Einkommen (d.h. Haushaltseinkommen geteilt durch die Zahl der Haushaltsmitglieder): sie müssten, wären sie Singles, mehr zahlen, um denselben Lebensstandard zu realisieren.

Das Median-Äquivalenzeinkommen und die Armutsdefinitionen

Wenn die Einzelpersonen durch Anwendung der Äquivalenzeinkommensrechnung vergleichbar geworden sind, lässt sich der Median, also das gewichtete Mittel, aller Äquivalenzeinkommen bilden. Von diesem Wert, der 2006 bei 1466€ im Monat lag (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung [DIW], 2007), hängt die Definitionen *relativer Armut* ab. Setzt man das Median-Äquivalenzeinkommen als 100%, dann können Begriffe wie „*prekärer Wohlstand*“ und „*relative Armut*“ als prozentuale Anteile am Median-Äquivalenzeinkommen ausgedrückt werden.

Prekärer Wohlstand bezeichnet ein Äquivalenzeinkommen zwischen einer Höhe von 70% und 50% des Median-Äquivalenzeinkommens⁹. Er „markiert einen gefährdeten Lebensstandard“ und „macht auf eine expandierende Einkommenszone aufmerksam, die zwischen Armut und gesicherten Wohlstandspositionen angesiedelt ist“¹⁰. Ein alleinstehender Erwachsener ist von einem (Einkommens-)Armutrisiko betroffen, wenn ihm ein monatliches Nettoäquivalenzeinkommen von weniger als 880€ zur Verfügung steht. Die Armutrisikoschwelle für Alleinerziehende mit einem Kind unter 15 Jahren lag 2006 bei einem monatlichen Einkommen von ca. 1144 € (Summe aus 880€ für die/ den Erwachsene/n und 264€ für das Kind). Für Paare mit 2 kleinen Kindern lag diese Schwelle bei 1847 € (DIW, 2007).

Unterhalb der 50%-Grenze gelten Personen als *relativ einkommensarm*. Von einem Einkommensarmutrisiko betroffen ist (Stand 2006), wer als erwachsener Alleinstehender mit einem monatlichen Nettoäquivalenzeinkommen von weniger als 733 € auskommen muss.

Aus der Bindung der Armutsdefinition an das Äquivalenzeinkommen ergibt sich (schon in der Theorie) ein Einfluss der Haushaltsgröße und –struktur auf die Armutseinstufung von Einzelpersonen. Nur bei Singles ist der Äquivalenzwert identisch mit dem tatsächlich verfügbaren Einkommen.

Materielle Armut lässt sich mit Hilfe der hier angeführten (willkürlich gesetzten) Richtwerte eingrenzen und quantifizieren. Sie kann jedoch in ihrer Eindimensionalität, wie eingangs angedeutet, die Armutsproblematik nicht adäquat umreißen. Um der Thematik in weit größerem Maße Rechnung zu tragen, muss das gesamte Wirkungsgefüge beleuchtet und in die Armutsdefinition mit einbezogen werden. Materielle Armut stellt in diesem Kontext demnach nur eine von mehreren Dimensionen dar und wird in das nachfolgend erläuterte Konzept der Kinderarmut eingegliedert.

⁹ nach Statistisches Bundesamt, BPB (Hrsg.): Datenreport 2004, Auszug aus Teil 2, S. 629

¹⁰ „Nachmittag des Wohlfahrtsstaates“, taz.de vom 8. 9. 2004, abgerufen 13. 8. 2008

3. Dimensionen der Kinderarmut

3.1 Zum Lebenslagenansatz

„Als Lebenslage wird die Gesamtheit der äußeren Bedingungen bezeichnet, durch die das Leben von Personen oder Gruppen beeinflusst wird. Die Lebenslage bietet einerseits den Rahmen von Möglichkeiten, innerhalb dessen eine Person sich entwickeln kann, sie markiert deren Handlungsspielraum. Andererseits können Personen in gewissem Maße auch auf ihre Lebenslagen einwirken und diese gestalten.“¹¹

Zentraler Kernpunkt der Armutsbetrachtung in den Armuts- und Reichtumsberichten der Bundesregierung ist, dass Armut mit sozialer Ausgrenzung (Exklusion) gleichbedeutend ist¹². Die materielle Armut, also die Ausgrenzung vom Konsum, kann daher nur eine Facette sein. Armutsbetrachtung generell muss jedoch multidimensional sein, um alle Dimensionen adäquat zu erfassen. Der Lebenslagenansatz zielt darauf ab, alle diese Ausgrenzungen im Zusammenhang zu sehen, um die jeweils gegebenen Grenzen des handelnden Individuums zu erfassen. Armut ist in diesem Konzept die Gesamtheit aller Ausgrenzungen von sozialer Teilhabe.

Eng damit verbunden ist der Ressourcenansatz. Er geht davon aus, dass Menschen in bestimmten Situationen (Lebenslagen) ein bestimmtes Maß verschiedener Ressourcen zur Verfügung steht: materielle, geistige, kulturelle etc.¹³. Wenn in der konkreten Situation Ressourcenmangel besteht, dann ist dem Individuum eine Grenze gezogen, es kann an bestimmten sozialen Aktivitäten nicht (mehr) teilhaben.

Problematisch ist die Definition dieser Grenzen. Diese sind abhängig von den jeweiligen Umständen und dem Feld, in dem sie bestehen: so kann z. B. ein Kind materiell wohlhabender Eltern durchaus kulturell arm sein, nämlich wenn es von seinen Eltern vernachlässigt wird. Nur in Hinsicht auf die materielle Situation bestehen klare Definitionen und Richtwerte, die jedoch ihrerseits diskutiert und unterschiedlich gehandhabt werden¹⁴.

Fazit daraus ist, dass Maßnahmen zur Bekämpfung von Armut auf verschiedenen Ebenen angesetzt werden müssen. Im folgenden Verlauf des Berichts sollen diese Bereiche vorgestellt und genauer betrachtet werden.

Des Weiteren muss bei der Analyse von Kinderarmut jeweils der Bezug zu den Risikogruppen hergestellt werden. Dazu gehören vor allem Kinder von Arbeitslosen, Alleinerziehenden, aus kinderreichen Familien und solche mit Migrationshintergrund.

¹¹ Dietrich Engels: „Lebenslage“, in: B. Maelicke (Hrsg.): „Lexikon der Sozialwirtschaft“, Nomos 2008, S. 643

¹² vgl. Dritter Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, S. 1

¹³ vgl. Dietrich Engels: „Lebenslagen“, in: B. Maelicke (Hrsg.), Lexikon der Sozialwirtschaft, Nomos-Verlag Baden-Baden 2008, S. 644 (<http://www.isg-dresden.de/download/Artikel%20Lebenslagen.pdf>, S. 2)

¹⁴ vgl. Statistisches Bundesamt (Hrsg.): „Armut und Lebensbedingungen“, Wiesbaden 2005, S. 19 ff.

3.2 Dimensionen der Armut

Die mehrdimensionale Betrachtung der Kinderarmut erlaubt die Aufteilung ihrer Betrachtung in folgende fünf Dimensionen. Dabei ist zu beachten, dass die Übergänge fließend sind und oft eine klare Trennung nicht möglich ist.

- a) Materielle Armut
- b) Bildungs- und kulturelle Armut
- c) Mangel an Wohnraum
- d) Gesundheits- (und Entwicklungs-)defizite
- e) Soziale Ausgrenzung (Exklusion)

Während die **materielle Armut** beim Lebenslagenansatz nicht mehr die alleinige Armutsdefinition ist, bleibt sie dennoch im Zentrum der Betrachtung, da alle anderen Armutsformen mit ihr korrelieren: sei es direkt, wie eine unzureichende Versorgung im medizinischen und Wohnungsbereich, oder indirekt, wie bei der sozialen Ausgrenzung oder den schlechteren Zugang zu Bildung. Da zum Wirkungsgefüge materieller Armut auch diejenigen Faktoren gehören, die sie auslösen, kommen als Indikatoren materieller Armut neben einem Einkommen unterhalb bestimmter Werte (in Prozent des Median-Äquivalenzeinkommens) auch solche wie Arbeitslosigkeit in Frage. Kinder sind von materieller Armut betroffen, wenn und insofern ihre Eltern bzw. Familien davon betroffen sind.

Somit ist Kinderarmut auch immer die Armut der Eltern.

Dass Armut nicht zwangsläufig an Arbeitslosigkeit gekoppelt ist, zeigt die Problematik der sogenannten „working poor“. Dazu gehören Eltern, die trotz Arbeit kaum genug Geld für den eigenen und den Lebensunterhalt der Familie verdienen und sich entsprechend gezwungen sehen, mehrere Beschäftigungsverhältnisse einzugehen. In solchen Fällen sieht sich die entsprechende Person in der Schwierigkeit, neben dem Broterwerb auch genügend Zeit für das Kind bzw. die Kinder aufzubringen.

Weiterhin gibt es Defizite, die mit zusätzlichen finanziellen Mitteln nicht zu beheben sind: z.B. im Falle von Ehescheidung und deren psycho-sozialen Folgen sowie von Krankheit, Suchterkrankung, Behinderung oder Pflegebedürftigkeit und deren psycho-somatischen Folgen wird die Lebenslage von einkommensunabhängigen Faktoren bestimmt.

Bildung ist eine „Investition in das eigene Arbeitsvermögen“¹⁵ und hat daher Auswirkungen auf spätere Berufstätigkeit und somit spätere Vermögensverhältnisse. Gleichzeitig ist der hier verwendete Bildungsbegriff auch umfassender und beinhaltet auch die Aneignung kultureller Techniken, die das gesellschaftliche Zusammenleben voraussetzen muss und deren Fehlen daher in sozialer Ausgrenzung resultiert. Die zentralen Institutionen in diesem Bereich sind Elternhaus, Kindertagesstätten und Schule. Indikatoren sind u. a. Schulabschlüsse (bzw. das Fehlen eines solchen) oder Betreuungsquoten im Vorschulbereich (im Sinne von frühkindlicher Bildung).

Bildung ist generell ein Schlüssel zum sozialen Aufstieg, die Option Armutskarrieren zu verhindern und der Unterbrechung von vererbten Armutsrisiken.

¹⁵ vgl. Wolfgang Voges, Olaf Jürgens, Andreas Maurer, Eike Meyer: „Methoden und Grundlagen des Lebenslagenansatzes“, Bremen 2003, S. 10

Wohnen ist ein zentraler Bestandteil der menschlichen Lebenslage, weil es sich um ein existenzielles Bedürfnis des Menschen handelt. Defizite in der Wohnsituation wirken sich besonders gravierend auf die Lebenssituation des Menschen aus. Indikatoren für Armut im Wohnungsbereich sind etwa Obdachlosigkeit oder Wohnhilfen.

Im Bereich der **Gesundheit** ist festzuhalten, dass sich die materielle Unterversorgung in der Regel auf das subjektive Wohlbefinden und den objektiven Gesundheitszustand des Menschen auswirken. Wenn der Gesundheitszustand schlecht ist, sinkt bei erwachsenen Menschen auch die Arbeitsfähigkeit, was wiederum, etwa durch Arbeitslosigkeit, negative Auswirkungen auf psychische und physische Lagen hat¹⁶. In Bezug auf Kinder besteht das Problem, dass bei ihnen eine medizinische Unterversorgung in der Regel gravierende(re) Auswirkungen hat (als bei Erwachsenen), da hier Entwicklungsdefizite, wenn sie nicht oder zu spät erkannt werden, weitreichende Folgen haben können¹⁷. Im Punkt „Gesundheit“ sind klare Indikatoren aufgrund der Datenlage nicht bzw. kaum vorhanden, diese Betrachtung greift daher überwiegend auf Expertenaussagen zurück. Hier ist sozialwissenschaftlich allgemein anerkannt, dass arme Kinder im Vergleich zu nicht als arm geltenden Kindern überdurchschnittlich an gesundheitlichen Beeinträchtigungen leiden.

Mit **sozialer Ausgrenzung (Exklusion)** ist hier das Phänomen gemeint, dass Kinder sich aufgrund unzureichender materieller oder kultureller Ressourcen in zahlreichen Situationen ausgegrenzt sehen können. Dieses Problem besteht besonders stark, wenn mehrere Armutsdimensionen zusammentreffen oder noch weitere Faktoren, wie etwa ein Migrationshintergrund, hinzukommen¹⁸.

Unter den Bereich der Sozialen Ausgrenzung fallen alle Auswirkungen, die auch mit den zuvor angeführten vier Armutsdimensionen zusammenhängen und diese begleiten. Arm zu sein ist mehr als nur bestimmte Mängel zu erleben: es ist eine umfassende Lebenslage mit Auswirkungen auf alle Bereiche des Lebens. Insbesondere psychische Rückwirkungen auf die Entwicklung von Kindern sind von zahlreichen, durch materielle Armut hauptsächlich, aber nicht ausschließlich bedingten, Zurückweisungen im und durch das soziale Umfeld zu erwarten. Die Entwicklung des Kindes wird durch solche Erfahrungen erheblich eingeschränkt. Auch Jugendliche sehen sich mit Ausgrenzungen konfrontiert, etwa bei Jugendarbeitslosigkeit¹⁹.

Soziale Ausgrenzung ist somit eine Begleiterscheinung, die mit den verschiedenen Dimensionen von Armut einher bzw. mit diesen Hand in Hand geht. Insofern ist sie in jedem einzelnen Punkt anzutreffen und wird im Rahmen dieses Berichtes nicht als Extra-Kapitel abgehandelt.

Die Aufteilung in Dimensionen und deren jeweils gesonderte Betrachtung müssen generell stets unter dem Vorbehalt erfolgen, dass Zusammenhänge zwischen ihnen bestehen und ein Kind von allen diesen sozialen, ökonomischen etc. Deprivationen in gegenseitiger Verstärkung getroffen werden kann. Außerdem gibt es jeweils noch weiterführende spezielle

¹⁶ vgl. Dritter Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, S. 82

¹⁷ vgl. Gerhard Trabert: „Kinderarmut und Gesundheit“, Mainz 2001, <http://www.nationale-armutskonferenz.de/publications/Fachbeitraege%20Kinderarmut/KinderarmutNAK2001.pdf>, S. 1

¹⁸ vgl. World Vision-Kinderstudie 2007, S. 5

¹⁹ vgl. IWH 7/2005, S. 238

Problemkomplexe, wie die Sucht der Eltern (besonders Alkoholismus)²⁰, die sich bei Kindern besonders drastisch auswirkt (häufig in Zusammenhang mit Versagenserfahrungen). Schließlich muss die besondere Stellung, die Migranten (-kinder) in (oder eben außerhalb) der Gesellschaft einnehmen, betrachtet werden, da auch sie deutliche Ausgrenzungselemente enthält²¹.

Hinzugefügt werden muss aber auch, dass Armutslagen nicht zwingend mit Beeinträchtigungen und Auffälligkeiten einhergehen.

Faktoren, die die potentiell ungünstige Wirkung von Armut abfedern, sind: gutes Familienklima, fördernder Erziehungsstil der Eltern, positive Eltern-Kind-Beziehungen, förderndes Umfeld wie das Vorhandensein familiärer und sozialer Netzwerke, kindliche Freundschaften zu Gleichaltrigen, gelingende soziale Integration der Kinder in eigenen außerfamiliären Netzwerken sowie Nutzungen außerfamiliärer Entfaltungs- und Erfahrungsräume (Nachbarschaft, Vereine usw.).

Die Belastung durch Armut zeigt sich darin, dass die betroffenen Kinder häufig in vielen der genannten Faktoren eingeschränkt sind und diese Beeinträchtigungen sich weiter kumulieren.

4. Kinderarmut in Halle

4.1 Materielle Grundversorgung

Zentraler Ausgangspunkt aller Dimensionen und Aspekte der Armut (und ihrer Betrachtung) ist eine mangelnde materielle Grundversorgung. Hierfür gibt es eine Reihe von Indikatoren, wobei einige unmittelbar, andere mittelbar (über Eltern bzw. Familie) Auskunft über Kinderarmut in Halle geben können.

Ein direkter Indikator für Armut ist die Erhebung des Anteils der Haushalte, die in relativer Armut leben, d.h. 50% oder weniger des Median-Äquivalenzeinkommens monatlich erhalten. Das Äquivalenzeinkommen wird auf der Datengrundlage der Bürgerumfrage der Stadt Halle berechnet. Es betrug 2007, bezogen auf die Einzelperson, rund 780 € monatlich. Das durchschnittliche Haushaltseinkommen lag bei 1714 € im Monat.

Im Erhebungszeitraum (1999-2007; Bürgerumfragen der Stadt Halle) stieg der Anteil der relativ Armen²² von 9 auf 12% (bis 2005 alle 2 Jahre um jeweils ein Prozent), während der Anteil derer, die zum prekären Wohlstand²³ zählen, seit 2001 zwischen 16 und 17% schwankt. **(Abb.01)** Das bedeutet, dass ein Anteil von 12% der Haushalte als (relativ) arm gilt und aufgrund eingeschränkter finanzieller Möglichkeiten ernsthafte Einbußen an allen Formen gesellschaftlicher, sozialer etc. Teilhabe hinnehmen muss²⁴. Dies gilt in besonderem Maße für Kinder in diesen Haushalten. Hinzu kommen weitere 16% aller Hallenser Haushalte, die von Armut bedroht sind (der sogenannte „prekäre Wohlstand“).

²⁰ vgl. Armuts- und Reichtumsbericht von Sachsen-Anhalt, S. 22 sowie BMFSFJ: Zwölfter Kinder- und Jugendbericht, S. 208

²¹ vgl. Dritter Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, S. 67; AWO / ISS (Hrsg.): „Zukunftschancen für Kinder?! Wirkung von Armut bis zum Ende der Grundschulzeit“ (Zusammenfassung), S. 8

²² Als *relativ arm* werden Personen bezeichnet, deren berechnetes bis max. 50% des durchschnittlichen Äquivalenzeinkommens (2007: 780 €) beträgt. Das entspricht im Jahr 2007 einem Betrag von max. 390 €.

²³ Personen in *prekärem Wohlstand* sind diejenigen, deren berechnetes bis max. 70% des durchschnittlichen Äquivalenzeinkommens (2007: 780 €) beträgt. Das entspricht im Jahr 2007 einem Betrag von max. 546 €.

²⁴ Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2005): Armut und Lebensbedingungen – Ergebnisse aus LEBEN IN EUROPA für Deutschland 2005. Wiesbaden, S. 17

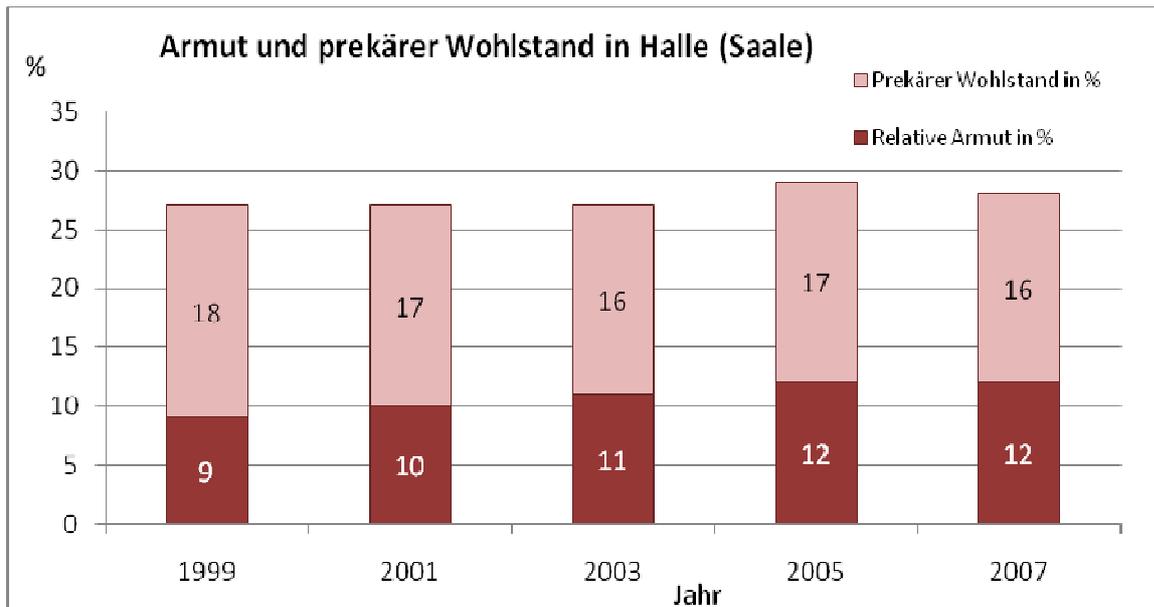


Abb. 01: Armut und prekärer Wohlstand in Halle (Saale); Quelle: IGNIS; 2007 eigene Berechnung, Daten der Kommunalen Bürgerumfrage

Einer der wichtigsten und in der Literatur meistbeachteten Zusammenhänge im Armutsbereich ist derjenige zwischen Arbeitslosigkeit und Armut. Diese beiden Faktoren korrelieren deutlich miteinander²⁵. Daher richtet sich an dieser Stelle der Fokus auf die Indikatoren (allgemeine) Arbeitslosigkeit sowie die Jugend- und die Langzeitarbeitslosigkeit. Die allgemeine Arbeitslosigkeit (**Abb.02**) befand sich im Zeitraum seit 2005²⁶ zwischen 13 und 18%, wobei Männer im Vergleich zu den Frauen überdurchschnittlich davon betroffen sind.

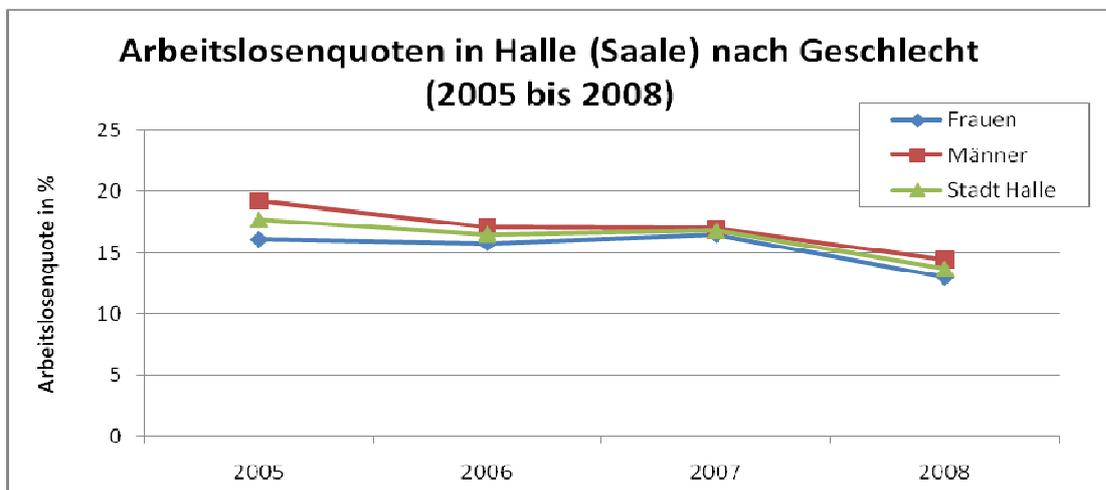


Abb.02: Arbeitslosenquoten in Halle nach Geschlecht; Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Amt für Bürgerservice

Unter den Arbeitslosen befanden sich im Zeitverlauf von 2005 bis 2008 stets zwischen 40 und 46% Langzeitarbeitslose. Im Jahr 2008 zählten ca. 5700 Personen zu den

²⁵ ebd., S. 22

²⁶ Eine Vergleichbarkeit mit den Daten vor 2005 ist aufgrund einer Änderung in der Berechnungsgrundlage nicht mehr gegeben. Der Erhebungstichtag der Statistiken der Bundesagentur für Arbeit wird seit 2005 vom Monatsende auf die Monatsmitte verlegt, was zu leichten Verzerrungen führt. Zudem müssen Personen, die 58 Jahre oder älter sind, dem Arbeitsmarkt nicht mehr zur Verfügung stehen und fallen somit aus der Arbeitslosenstatistik heraus. Gleiches gilt für Teilnehmer an Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen, die bis 2005 zu den Arbeitslosen zählten. (vgl. Statistisches Jahrbuch der Stadt Halle (Saale) 2006, S. 107f.)

Langzeitarbeitslosen und damit war die Zahl der Betroffenen um rund 2000 geringer als im Jahr zuvor. (**Abb.03**)

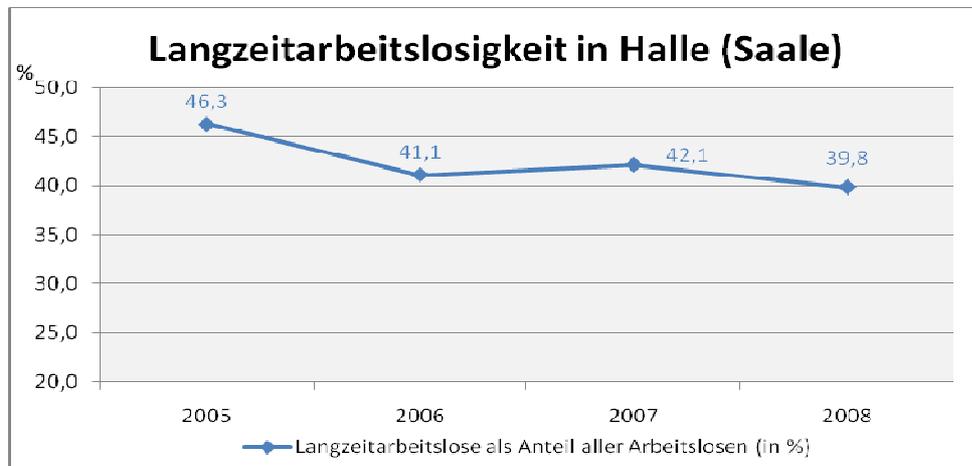


Abb.03: Anteil der Langzeitarbeitslosen an den Arbeitslosen der Stadt Halle insgesamt; Quelle: eigene Berechnung, Datengrundlage von: Statistisches Jahrbuch 2007, S.112; Bundesagentur für Arbeit, Amt für Bürgerservice,

Soweit dies anhand der Arbeitslosigkeit darstellbar sein kann, zeigt sich auch eine räumliche Konzentration bestimmter Bevölkerungsgruppen (soziale Segregation) – in diesem Fall arbeitsloser Personen. Die soziale Segregation zwischen Stadtvierteln und deren Zunahme im Zeitverlauf wird gut sichtbar in **Abb.04**. In einer separaten Darstellung der Entwicklung ausgewählter Stadtteile lässt sich deutlich ein schon anfänglich großer und weiter wachsender Abstand der Arbeitslosenzahlen zwischen den Stadtteilen Heide-Süd und dem Paulusviertel einerseits (deren Arbeitslosen-Anteil deutlich rückläufig ist) sowie Silberhöhe und Neustadt (arithmetisches Mittel der hier zusammengefassten Stadtteile Nördliche, Südliche und Westliche Neustadt) andererseits liegt. Bei den beiden Letzteren ist nicht nur die Arbeitslosigkeit im Zeitverlauf tendenziell steigend; sie liegen auch durchschnittlich (arithmetisches Mittel der Jahreswerte von 2005 bis 2008) deutlich über dem Durchschnitt der Stadt Halle. (Zur Segregation vgl. Punkt 3.3).

Achtung: Es handelt sich bei der folgenden Darstellung nicht um die Arbeitslosenquoten der Stadt bzw. der einzelnen Stadtteile, sondern um den Anteil der Arbeitslosen an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter. Diese sind ca. **5% niedriger** als die offizielle Arbeitslosenquote der Stadt, die den Anteil der Arbeitslosen an den abhängigen zivilen Erwerbspersonen bemisst²⁷.

²⁷ „Arbeitslosenquoten zeigen die Unterauslastung des Kräfteangebots in Prozent an. Sie werden errechnet als Anteil der bei den Agenturen für Arbeit registrierten Arbeitslosen an den abhängigen zivilen Erwerbspersonen (sozialversicherungspflichtig und geringfügig Beschäftigte, Beamte und Arbeitslose).“ Quelle: Statistisches Jahrbuch 2007, S.108

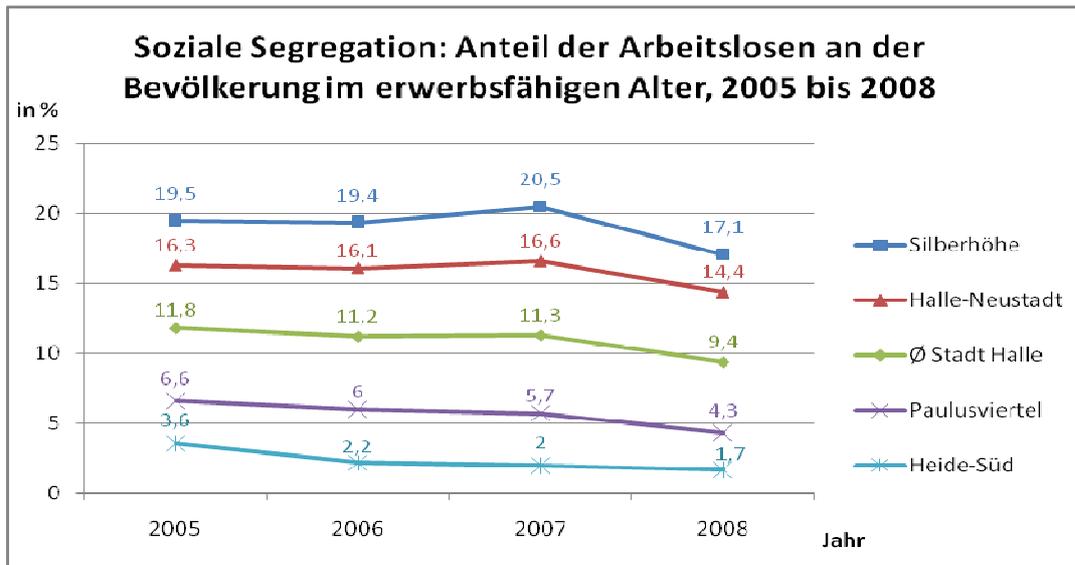


Abb.04: Anteil der Arbeitslosen an der erwerbsfähigen Bevölkerung ausgewählter Stadtteile der Stadt Halle; Quelle: eigene Berechnung des Amtes für Bürgerservice

Der Anteil der Arbeitslosen unter den Jugendlichen im Alter von 16 bis unter 25 Jahren beträgt rund 5 Prozent und ist damit seit 2005 um mehr als das Doppelte gestiegen (von 2,3%). (vgl. **Tab.01**)

	2005	2006	2007	2008
Arbeitslose insgesamt	19.300	17.800	17.600	14.400
Arbeitslose unter 25 Jahre	800	1.200	1.700	1.340
Anteil jugendlicher Arbeitsloser (16-25 J.) an Arbeitslosen insgesamt	4,0	6,7	9,8	9,3
Anteil jugendlicher Arbeitsloser (16-25 J.) an Bevölkerung (16-25 J.)	2,3	3,7	5,8	4,8
Arbeitslose <25 J. (über 6 Monate arbeitslos)	120	170	290	190

Tab. 01: Jugendarbeitslosigkeit, Gerundete Werte; Quelle: Agentur für Arbeit, Amt für Bürgerservice

Betroffen waren zum 31.12.2008 rund 1340 Jugendliche (2007 waren es zum gleichen Stichtag 1700 Jugendliche). Der Anteil der Jugendlichen an allen Arbeitslosen stieg zwischen 2005 und 2007 jährlich um ca. drei Prozent (bzw. 300 bis 400 Personen) an, liegt nun aber wieder unter dem Niveau von 2007 bei rund 9%. Problematisch ist in diesem Zusammenhang die Gefahr einer Demotivation der Jugendlichen, wenn die erste Erfahrung auf dem Arbeitsmarkt eine Erfahrung der Zurückweisung bzw. Ablehnung ist. Diese dürfte sich keinesfalls positiv auf Wahrnehmung der eigenen Lebensperspektiven auswirken.

Alarmierend ist der Anteil der Kinder bis 15 Jahre, die Sozialgeld nach SGB II erhalten, gemessen an allen Hallenser Kindern der entsprechenden Altersgruppe. Dieser Anteil liegt bei knapp über 40%, das heißt: zwei von fünf Kindern bis 15 Jahren in Halle beziehen Sozialgeld nach SGB II und sind somit auf Geldleistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts angewiesen, da sie mit ALG II-Beziehern in einer Bedarfsgemeinschaft

leben. Insgesamt sind es fast 10.000 Kinder, rund 500 Kinder mehr als drei Jahre zuvor (**Tab.02**).

Kinder (< 15 Jahre) in Bedarfsgemeinschaften

	2005	2006	2007	2008
Personen in BG insgesamt	42035	42543	41587	41259*
Kinder (<15 Jahre) in BG	9396	9728	9420	9843*
Anteil an allen Personen in BG (in %)	22,4	22,9	22,7	23,9*
Anteil an allen Kindern (<15 Jahre) (in %)	39,3	40,5	38,7	40,0*

Tab.02: Kinder (Personen < 15 Jahre) in Bedarfsgemeinschaften; Quelle: Statistisches Jahrbuch 2007, S.116; Statistischer Quartalsbericht 04/2008, S.39; Bundesagentur für Arbeit

* 2. Quartal 2008

Die Gesamtzahl der Bedarfsgemeinschaften nach SGB II ist von 2005 auf 2008 um etwa 1900 Fälle gefallen. Die Zahl der Bedarfsgemeinschaften mit Kindern im Alter von bis 15 Jahren ist im beobachteten Zeitraum relativ stabil und liegt 2008 bei etwa 6400. (**Abb.05**) Im Durchschnitt sind demnach rund 28% aller Bedarfsgemeinschaften in Halle solche mit Kindern.

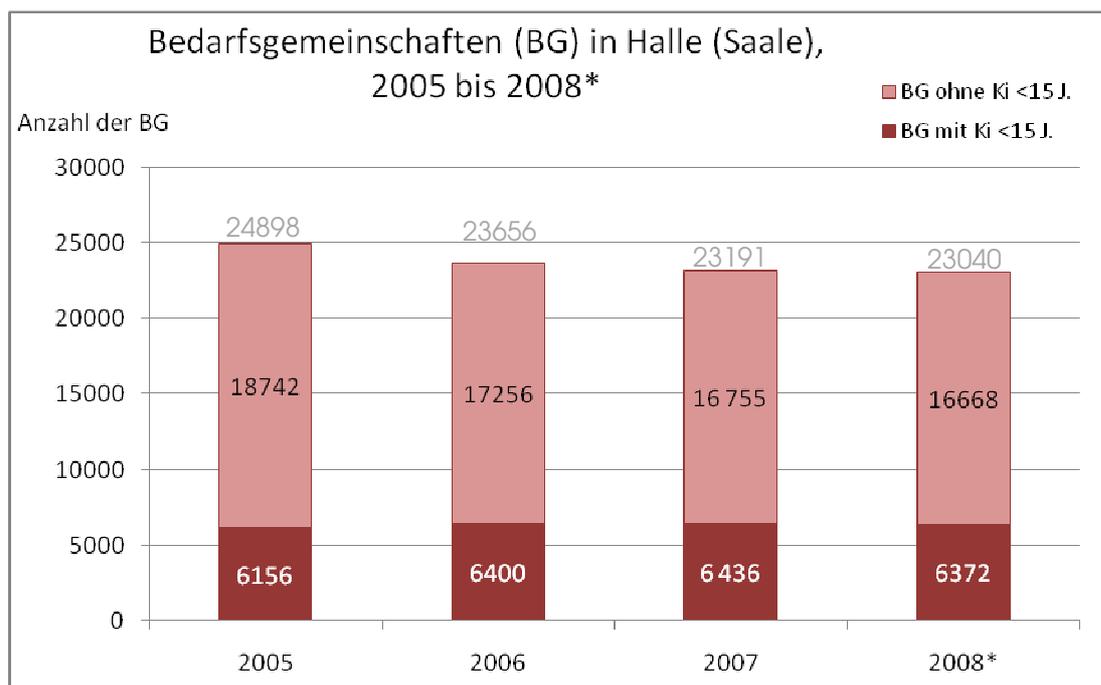


Abb.05: Bedarfsgemeinschaften nach SGB II mit Kindern; Quelle: Statistisches Jahrbuch 2007, S. 116; Quartalsbericht 04/2008, S.39, Bundesagentur für Arbeit

* Daten 2008 vorläufig, 2. Quartal

Die stets weitaus größte Zahl von Bedarfsgemeinschaften mit Kindern hat nur ein Kind (62-63% im Zeitverlauf seit 2005). Etwa ein Viertel aller Bedarfsgemeinschaften mit Kindern haben zwei und ca. elf Prozent drei oder mehr Kinder. Dem entspricht, dass die Haushalte mit einem Kind den größten Anteil aller Haushalte der Stadt stellen (ca. 44%). Es folgen Haushalte mit zwei Kindern (38%) und solche mit mehr als zwei Kindern (19%). Haushalte mit einem Kind sind bei den Bedarfsgemeinschaften im Vergleich zur städtischen Verteilung

also überrepräsentiert; der Anteil derjenigen mit zwei sowie auch mit drei und mehr Kindern liegt unter dem Gesamtwert der Stadt.

2005 bis 2008 waren rund 4.000 Bedarfsgemeinschaften (2008: 17% aller Bedarfsgemeinschaften) solche von Alleinerziehenden. (**Abb.06**) In dieser Gruppe lassen sich wiederum 22 bzw. 25 % der Betroffenen ausmachen, die unter 18 Jahre alt sind und somit ihrerseits noch unter die Sozialgeld-Regelung fallen.

Erwerbsfähige Hilfebedürftige (stets etwa die dreifache Anzahl der nicht Erwerbsfähigen) sind zu etwa 20% (seit 2005 fallende Tendenz) unter 25 Jahren.

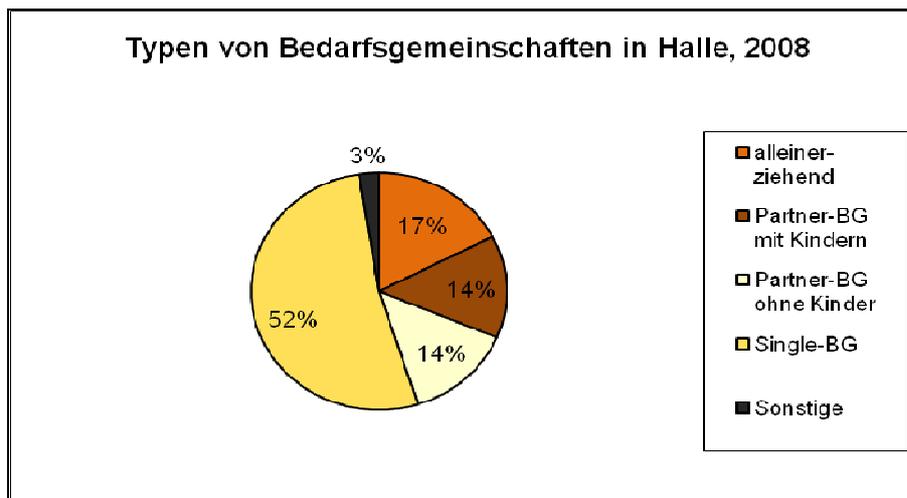


Abb.06: Typen von Bedarfsgemeinschaften in Halle, 2008; Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Beziehungen materieller Armut zu allen anderen Armutsfacetten und die besondere Betroffenheit von Kindern durch diese Lebenslagen lassen sich in vielfältiger Form finden.

Hervorzuheben sind zunächst unmittelbare materielle Zusammenhänge, die zu Armut führen bzw. sie verstärken. Hauptpunkt sind hier Schulden und Kredit-Abzahlungen, die wiederum zu neuen Schulden führen können. Wenn hohe Verschuldungen bedient werden müssen, bleibt letztlich kaum noch etwas für das Lebensnotwendigste übrig. Zu den Schuldnern zählen insbesondere Arbeitslose, häufig auch junge Menschen sowie generell diejenigen Personen, die mit ihren finanziellen Mitteln schlecht haushalten (unwirtschaftliches Verhalten) und schließlich die Mieten nicht zahlen können. Aber auch solchen Personen, die in psychischen und physischen Abhängigkeiten gefangen sind (Spiel-, Kauf-, Drogensucht etc.), wachsen in den meisten Fällen früher oder später die Schulden über den Kopf. Staatliche Zuschüsse berücksichtigen keine Schulden und helfen daher in solchen Situationen nicht.

Häufig besteht Unkenntnis über städtische Angebote zum Abbau von Verschuldung wie z. B. die Schuldnerberatung. Weitere Verschuldungsfaktoren können Gas- und Strompreise sein, insbesondere wenn diese erhöht werden. Für Einzelhaushalte ist auch die Wohnungsmarktsituation angespannt – was einerseits, durch relativ hohe Mieten Verschuldungsgrund ist, andererseits aber auch Folge materieller Armut sein kann. Insbesondere letzterer Fakt führt dazu, dass zum Teil eine starke soziale Segregation stattfindet, wenn einkommensschwache und einkommensstarke Haushalte sich entmischen und jeweils in bestimmten Stadtvierteln konzentrieren. (sichtbar in **Abb.04**, S. 10)

Für Kinder führt materielle Armut zunächst zu Defiziten im schulischen und privaten Lebensbereich. Beispielsweise müssen in der Schule zahlreiche Beiträge wie Schulmaterialien und –bücher geleistet werden, Geld für Projekte usw. Wenn das Geld nicht da ist, können die Kinder nicht an den Angeboten partizipieren und müssen so Einbußen in ihrer Bildungsvielfalt hinnehmen. Besonders deutlich wird dies, wenn Kinder nicht an Schulausflügen teilnehmen können, weil sie diese nicht bezahlt bekommen – hier besteht eine soziale Ausschlusskomponente, wenn sie aus dem Klassenverband sozusagen „herausfallen“. Für Eltern besteht die Möglichkeit, für Klassenfahrten Zuschüsse bei der ARGE zu beantragen, was aber mit gewissem Aufwand verbunden ist, den unmotivierte Eltern nicht in Kauf nehmen. Oft wenden sich deshalb die Lehrer auch direkt an die ARGE. Weiterhin fehlt es z. B. an Geld für Mobiliar, Nutzung von Verkehrsmitteln und Freizeitangeboten und Reisen, die für andere wie selbstverständlich zum Leben dazugehören.

An dieser Stelle ist zu vermerken, dass der Begriff „Leben unter der Armutsgrenze“ eine statistische Verallgemeinerung ist, die die tatsächlichen Verhältnisse nur unzureichend abbilden kann. So gibt es auf kommunaler Ebene in Halle zahlreiche Förderprojekte für Kinder. Zudem sind durchaus staatliche Hilfen vorhanden: so ist im SGB II eine Grundsicherung für Kinder vorgesehen, wenn Erwerbseinkommen und Kindergeld (das allerdings angerechnet wird) nicht ausreichen. Was dort fehlt, sind vor allem Einmalzahlungen, da viele Familien Schwierigkeiten haben, mit ihrem Geld zu wirtschaften. ALG II sieht vor, dass diese Leistungen bereits pauschaliert sind und die Familien ihr Budget selber einteilen und Geld für unvorhergesehene oder zusätzliche Ausgaben zurückhalten müssen. In vielen Fällen geht diese Rechnung jedoch nicht auf. Extra-Ausgaben wie z. B. für Winterkleidung fehlen dann. Freie Träger sozialer Dienste, wie z.B. die Wohlfahrtsverbände, bieten für solche Fälle Finanzberatungen an. Darüber hinaus gibt es Anlaufstellen wie Möbelbörsen, Kleiderkammern oder Essensversorgung (Hallesche Tafel, Suppenküchen, das Kinderhaus „Schnitte“ mit einer Essenausgabe für bedürftige Kinder in der Silberhöhe).

Neuere Studien zu den Wirkungen der Arbeitsmarktreform 2005 widerlegen die oft kolportierte These, dass die Erhöhung von Transferleistungen nicht bei den Kindern ankommt. In einer Nürnberger Armutsstudie wurde nachgewiesen, dass die Mehrheit der Eltern eher bei sich spart, als bei ihren Kindern.

4.2 Bildung und Kultur

Nach der materiellen Armut liegt ein weiterer Schwerpunkt auf dem Bereich Bildung und dem häufig damit verbundenen Beherrschen kultureller Techniken. Mit Armut an kulturellen Techniken ist hier gemeint, dass Kinder, wenn sie die Möglichkeit nicht bekommen, bestimmte Fähigkeiten (etwa Schwimmen, Fahrradfahren aber auch soziale Kompetenzen) nicht erlernen bzw. entwickeln können. Hinzu kommen beschränkte Erlebnishorizonte, wie Ausflüge und Urlaube, gesunde Lebensmittel, Zoos, Museen, Sportarten etc. und damit ein eingeschränktes Allgemeinwissen. Dies macht sich dann auch in schulischen Tests bemerkbar.

Ein Zusammenhang zwischen Bildung (bzw. Schulabschluss) und Armutsrisiko ist laut Statistischem Bundesamt mehrfach nachgewiesen worden. Hier wird jedoch Bildung in einer

gegenüber der konventionellen Bedeutung erweiterten Definition verstanden. Zur Bildung gehört neben der klassischen schulischen Erziehung bzw. der in Kindertageseinrichtungen auch diejenige im Elternhaus und das soziale Umfeld, in dem Kinder aufwachsen und in dem sie Eindrücke, Erfahrungen und Fähigkeiten als „Startkapital“ für das Leben sammeln. Daher sollen hier verschiedene Aspekte beleuchtet werden: Schulabschlüsse und die Inanspruchnahme von Kinderbetreuung als klassische Indikatoren, aber auch Jugendliche in Heimen, Unterstützungsleistungen der Stadt zur Erziehung (HzE) und Vormundschaften. Indikatoren zur Annäherung an die Problematik der Bildungsarmut führen entsprechend über die Träger der Bildung, wie Kindertagesstätten und Schulen.

Zunächst sollen die Institutionen beleuchtet werden, die ganz am Anfang der Bildungslandschaft stehen. Die Stadt Halle verfügt über ein flächendeckendes Netz von Infrastruktureinrichtungen zur Kinderbetreuung. Jedes Kind in Halle hat einen Rechtsanspruch auf einen Platz in einer der zahlreichen Einrichtungen. Neben ihrer Betreuungsfunktion erheben alle diese Institutionen den Anspruch, Stätten der frühkindlichen Bildung mit unterschiedlichen Konzepten und Schwerpunkten zu sein. Entsprechend ist es durchaus sinnvoll und wichtig, dass dieses Angebot von möglichst vielen Kindern wahrgenommen wird. In diesem Zusammenhang muss darauf hingewiesen werden, dass z.B. gerade Kinder mit Migrationshintergrund nur schwer mit einzubeziehen sind. Ein Grund dafür ist im kulturellen Selbstverständnis der Mütter zu suchen, die die Kinder selbst aufziehen möchten und es als ihre Pflicht und Rolle innerhalb der Familie ansehen. Hinzu kommen oft ein Mangel an finanzieller Ausstattung sowie generell ein fehlendes Verständnis für den Nutzen dieser Einrichtung. Gleichermaßen nehmen Kinder aus sozial benachteiligten Familien, die aufgrund der Arbeitslosigkeit der Eltern nur einen Halbtagsanspruch haben, die Betreuung nicht oder nur in sehr geringem Maße wahr. Dabei ist gerade in diesen Fällen das Bildungsangebot von besonderer Bedeutung für die vorschulische Förderung und – vor allem für Kinder mit Migrationshintergrund – die Vermittlung sprachlicher Fähigkeiten.

Generell gilt: für Kinder einkommensschwacher Elternhäuser (z.B. Studenten, SGBII-Leistungsbezieher, Alleinerziehende mit geringem Einkommen) gibt es die KJHG (Kinder- und Jugendhilfegesetz)-Ermäßigung. D.h. für diese Kinder ist der Besuch der Kindertagesstätte kostenlos.

Kinderkrippe	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Belegung [Zahl der Kinder]	2656	2718	2862	2824	2640	2728	2947	2919	3069
Zahl der Kinder 0-3 Jahre	5540	5578	5589	5492	5572	5720	5839	5888	5996
Kinderbetreuung [% der Alterskohorte]	47,9	48,7	51,2	51,4	47,4	47,7	50,5	49,6	51,2

Tab.03: Quelle: Eigenbetrieb Kindertageseinrichtungen, Amt für Bürgerservice

In der Kinderkrippe werden seit 2000 kontinuierlich zwischen 48 und 51% der Halleschen Kinder betreut (**Tab.03**). Darüber hinaus nutzt die große Mehrheit der Familien in Halle das Angebot der Kinderbetreuung in Kindertagesstätten. Im Rückblick auf die letzten 9 Jahre lässt sich feststellen, dass rund 90% der Kinder eine Kita besuchen, 2007 lässt sich gar ein Anstieg auf 93 und 2008 auf 94% beobachten (**Tab.04**).

Kindergarten	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Belegung [Zahl der Kinder]	4768	4893	5106	5033	5389	5551	5544	5799	5972
Zahl der Kinder 3-6,5 Jahre	5302	5427	5680	5928	6108	6225	6186	6240	6351
Kinderbetreuung [% der Alterskohorte]	89,9	90,2	89,9	84,9	88,2	89,2	89,6	92,9	94,0

Tab.04: Quelle: Eigenbetrieb Kindertageseinrichtungen, Amt für Bürgerservice

Zu den Kennzahlen, die einen Rückschluss auf das Bildungsniveau von Kindern und Jugendlichen zulassen, gehört u.a. die Zahl der Schulabgänger, die ohne Abschluss die Schule verlassen (**Abb.07**). Dazu gehören die Schüler und Schülerinnen, die zwar ihre Schulpflicht erfüllt, aber in dieser Zeit keinen Abschluss erworben haben. Diese Schüler haben praktisch kaum eine Perspektive auf dem Ausbildungs- sowie auf dem Arbeitsmarkt und sind damit einem erhöhten Armutsrisiko ausgesetzt.

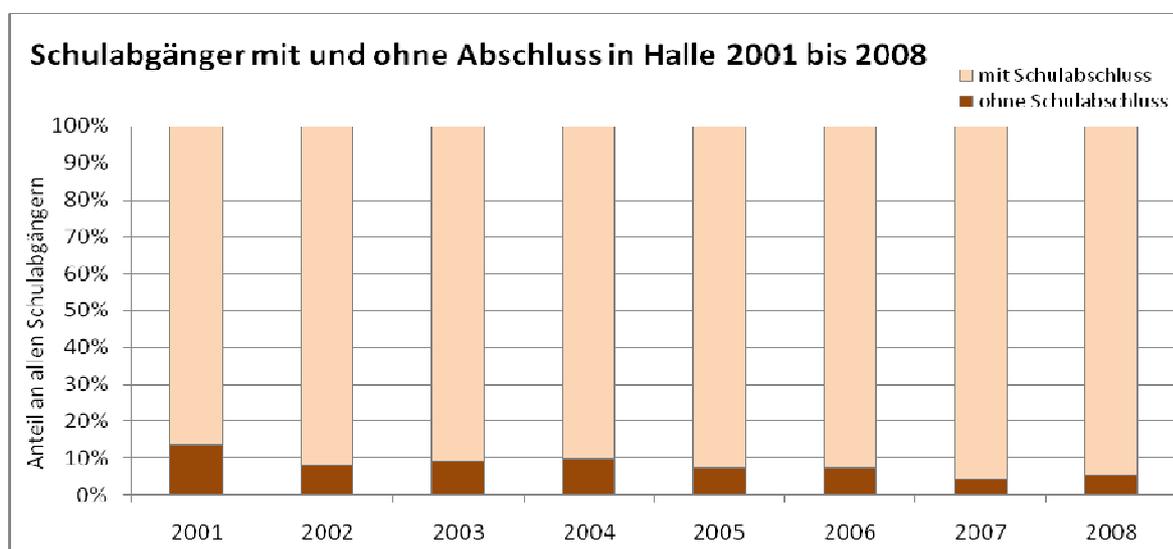


Abb.07: Schulabgänger mit und ohne Schulabschluss; Quelle: Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt; Statistisches Jahrbuch 2007; S. 182

Relativ zur Gesamtzahl der Schulabgänger machen diejenigen ohne Abschluss nach 2001 stets maximal zehn Prozent aus. Im Durchschnitt der Jahre 2001 bis 2008 blieben jährlich rund 233 Schüler ohne Abschluss. Seit 2004 hat deren Anzahl kontinuierlich und um insgesamt mehr als 50% abgenommen (von 305 auf 126 Schüler). Dabei handelt es sich zu zwei Dritteln um männliche Jugendliche. Die absoluten Zahlen sinken jedoch für beide Geschlechter seit 2004. Zu berücksichtigen ist, dass in diesen Angaben *Schulabbrecher* nicht enthalten sind. Diese verlassen, im Unterschied zu den Schulabgängern ohne Abschluss, vor Ablauf der Schulpflicht die Schule. Diesbezüglich liegen für Halle keine Daten vor. Im Bundesdurchschnitt hat Sachsen-Anhalt die höchsten Schulabbrecherquoten aufzuweisen.

In diesem Zusammenhang sei auf eine weitere Risikogruppe hingewiesen: Schüler mit Lernbehinderungen. Jährlich machen sie unter den Schulabgängern einen Anteil von ca. 5% aus und ihre Zahl schwankt zwischen 100 und 150 Jugendlichen. Auch für diese Jugendlichen sind die Chancen sehr gering, auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen und ein geregelteres Einkommen zu erhalten. Im Gegensatz zu geistig behinderten Kindern, die nach Schulabschluss in Werkstätten und anderen Betrieben untergebracht werden, gibt es für Lernbehinderte keine Programme, durch die sie aufgefangen werden.

Armut an Bildung hat zwei hauptsächliche Folgen: zum Einen steigert sie das Risiko materieller Armut, zum Anderen bewirkt sie soziale Ausgrenzung durch das Fehlen von Kulturtechniken.

Besonders bei Freizeitangeboten und erweiterten, von der Schule angebotenen, Aktivitäten macht sich die Armut der Familien bemerkbar und verwehrt es Kindern, bestimmte Erfahrungen zu machen. Insbesondere bei Freizeitangeboten wirkt sich der Halle-Pass²⁸ hier positiv aus. Für Besitzer dieses Passes werden bis zu 50% der Kosten für Eintrittsgelder in verschiedene Kultureinrichtungen, Schwimmbäder, in den Zoo etc. von der Stadt Halle übernommen. Den verbleibenden bzw. den ermäßigten Betrag müssen die Familien zahlen. In einigen Fällen jedoch wird wegen mangelnder Fähigkeiten, voranzuplanen, auch dieser verringerte Betrag nicht aufgebracht.

Jährlich werden jeweils zwischen 14.000 und 16.000 Halle-Pässe (seit 2005 auf Antrag) ausgereicht. 2007 steigerte sich die Nachfrage gar auf rund 19.000 Stück und 2008 zeichnet sich eine weitere Steigerung der Nachfrage und somit auch der ausgegebenen Pässe um ca. 500 Stück ab. **(Tab. 05).**

	Halle-Pässe 2000 bis 2008								
	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
ausgereichte Pässe	14.900	15.000	16.100	16.200	15.900	14.600	14.300	18.900	19.400

Tab.05: Ausstellung des Halle-Passes 2000 bis 2008 (Stichtag 31.12. des Jahres), gerundete Werte; Quelle: Sozialamt

Die plötzliche Steigerung der Halle-Pass-Nachfrage von 2006 auf 2007 (um 24%) lässt sich durch eine Verwaltungsumstellung erklären. Seit dem Jahr 2007 sind Kinder nicht automatisch im Halle-Pass der Eltern mit verankert. Jedes berechnigte Kind verfügt seither über einen eigenen Pass. Damit geht einher, dass die Eltern Ermäßigungen nach dem Kinder- und Jugendhilfe-Gesetz (KJHG) für den Beitrag in Kindertagesstätten für ihre Kinder nicht mehr über ihren, d.h. den elterlichen Halle-Pass, sondern über den des jeweiligen Kindes beantragen.

Legt man der Zahl der ausgegebenen Halle-Pässe die Anzahl der Anspruchsberechtigten (der Leistungsbezieher nach SGB II) zu Grunde, so zeigt sich, dass von rund 40.300 berechtigten Personen nur etwa die Hälfte einen Antrag stellt und entsprechend von dem Angebot des „Halle-Passes“ Gebrauch macht.

Da der Bildungsabschluss bzw. der Bildungsgrad der Eltern in Deutschland in hohem Maße mit der Einkommenslage korreliert, ergeben sich für die Kinder einkommensschwacher Eltern von vornherein Einschränkungen in seinen Perspektiven. Dabei spielen finanzielle Probleme, die Bildungsferne der Eltern, Mangel an Förderung und Anregungen (jedoch nicht im Angebot, sondern in der Nachfrage durch bildungsferne Familien) und auch mangelnde gesundheitliche Versorgung der Kinder eine zentrale Rolle.

Zur Bildung gehört auch das familiäre und unmittelbar wahrgenommene soziale Umfeld. Da Armut und armutsnahe Lagen sich zunehmend konzentrieren, wachsen Kinder von sozial schwachen Eltern oft in Umgebungen auf, die von Armut, Mangel und Perspektivlosigkeit geprägt sind.

²⁸ Der **Halle-Pass** steht allen Einwohnern der Stadt Halle (Saale) zu, die Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch II (Arbeitslosengeld II), nach dem Sozialgesetzbuch XII (Sozialhilfe und Grundsicherung für Erwerbsgeminderte und im Alter) oder Asylbewerberleistungsgesetz erhalten. Dieser Pass wird Einzelpersonen zugesprochen und hat eine Gültigkeit von 12 Monaten. (Quelle: Statistisches JB 2007, 197)

In gleichem Maße trifft dies auch für Familien mit Migrationshintergrund zu. Erschwerend kommt dazu, dass die Sprachkenntnisse oft gering sind, was geringe Arbeitsmarktchancen zur Folge hat. Zudem bereitet die Anerkennung vorhandener Qualifikationen (soweit Qualifikationen vorliegen) aus dem Heimatland teilweise große Probleme.

Ein weiteres Hindernis besteht in der räumlichen Konzentration von Familien mit Migrationshintergrund in Stadtvierteln (sichtbar in Halle Neustadt). Diesem ist schwer entgegenzuwirken da Familien mit Migrationshintergrund den Wunsch haben, sich in der Nähe Ihrer eigenen Kulturgruppe (Freunden, Verwandten) anzusiedeln. Auch günstige Mietpreise spielen dabei eine Rolle. In diesen Stadtvierteln sind Abgrenzungs- und Abschottungstendenzen erkennbar.

Schulische Probleme und Schwierigkeiten der Kinder sind, bei mangelnder Bildung und Kompetenz der Eltern schwieriger zu lösen als in bildungsnahen Familien. Neben diesem Aspekt steht auch die zusätzliche Schwierigkeit, dass stellenweise die Kommunikation der Schule mit den Eltern erschwert wird, weil diesen die nötige Einsicht und die Motivation fehlen. Entsprechende private Nachhilfekurse oder Förderstunden (Schülerhilfe etc.) fallen aus finanziellen Gründen weg (auch weil die Eltern den Sinn nicht erkennen können und wollen). Ein Kommunikationsproblem zwischen Lehrern und Eltern liegt ebenfalls und besonders dann vor, wenn die Eltern nicht deutscher Herkunft sind und ein Mangel an Sprachkenntnissen eine Verständigung zwischen Eltern und Lehrern verhindert. Elternabende, Informationsveranstaltungen u. ä. werden nur bedingt wahrgenommen. Es entsteht ein Informationsdefizit, das z.B. bei auftretenden Problemen oft nur mit Dolmetschern gelöst werden kann.

Vielfach wirkt sich Bildungsarmut im sozialen Verhalten aus. Motivations- und Perspektivlosigkeit manifestieren sich als „Nehmermentalität“, die auf Hartz-IV-Niveau verharret.

Bildungsferne und damit auch häufig materiell arme Schichten sammeln sich in bestimmten Stadtteilen bzw. Milieus, die sich von Generation zu Generation verfestigen, wenn Kinder in von Mangel und Perspektivlosigkeit geprägten Umgebungen aufwachsen.

Erziehungsinkompetenz und Beziehungsschwierigkeiten in der Familienumgebung treten jedoch nicht nur in sozial schwachen Familien auf. Auch in relativ wohlhabenden Familien kann es vorkommen, dass Kinder vernachlässigt werden und Eltern „kein Bewusstsein über Elternschaft“ besitzen.

Ein direkter Zusammenhang zwischen der Arbeit der Eltern und der Vernachlässigung ihrer Kinder besteht nicht. Im Gegenteil ist es häufig die Haltung der Eltern (ob sie oder ihr Kind im Vordergrund stehen), die darüber entscheidet. Jedoch ist Vernachlässigung in jedem Fall ein gravierendes Problem. Dem soll die Entwicklung von Frühwarnsystemen entgegengestellt werden, mit deren Hilfe Vernachlässigung und auch Gewalt an Kindern rechtzeitig erkannt werden können.

4.3 Wohnen

Im Bereich „Wohnen“ findet sich Armut in den schwerwiegendsten Fällen in der Problematik der Obdachlosigkeit. Dramatisch ist hierbei auch, dass Familien mit Kindern rund zwanzig Prozent der Obdachlosen ausmachen. Sie müssen dabei nicht zwingend auf der Straße leben, wechseln jedoch häufig von Verwandten zu Verwandten oder Freunden und haben keinen einheitlichen, eigenen Lebensmittelpunkt.

Ohne festen Wohnsitz sind in Halle ca. 100 bis 130 Personen. Für solche Personen

existieren zahlreiche Hilfsangebote. So hat Halle das Haus der Wohnhilfe, in denen ca. 100 Personen in rund 60 Wohnungen leben (Kinder leben hier mit ihren Eltern zusammen). Zudem existiert auch eine Notunterkunft (30 Plätze). Offene bzw. manifeste Obdachlosigkeit gibt es in Halle kaum – viele Obdachlose wohnen bei Bekannten, was in Fachkreisen als verdeckte bzw. latente Obdachlosigkeit bezeichnet wird.

Seit 2000 konnte die Stadt Halle bei Konsultationen in Räumungsklageverfahren jedes Jahr in über 500 Fällen eine Wohnungslosigkeit verhindern. Seit 2004 sinkt diese Zahl kontinuierlich (**Abb.08**, Siehe dazu auch **Abb.14**). 2008 lässt sich erstmals wieder eine leicht ansteigende Tendenz beobachten.



Abb.08: Anzahl der Fälle, in denen Wohnungslosigkeit durch die Stadt verhindert werden konnte; Quelle: IGNIS; Statistisches Jahrbuch 2007, S. 203; Sozialamt

Seit 2005 gibt es in der Stadt Halle jedes Jahr über 5.000 Konsultationen und Vorgänge, die im Ressort Wohnhilfen²⁹ Gehör finden. Die dabei an die Stadt herangetragenen Mietschulden gingen allerdings bis 2007 zurück: von etwas über drei Millionen Euro im Jahr 2005 auf knapp über zwei Millionen Euro im Jahr 2007 (**Abb.09**). 2008 ist mit rund erstmals wieder ein leichter Anstieg zu verzeichnen. Die Zahl der Mietschuldner-Haushalte ist insgesamt rückläufig, mit gleichbleibendem Anteil von Ein- (68%) und Mehrpersonenhaushalten (32%).

²⁹ Von Wohnungs- bzw. Obdachlosigkeit betroffene Personen finden unter anderem im Sozialamt, Ressort **Wohnhilfe** Unterstützung. „Zweck dieser Stelle ist es, gemeinsam mit den betroffenen Klienten oder Familien nach Möglichkeiten zu suchen, um z. B. die Mietrückstände abzubauen und eine Zwangsräumung der Wohnung und die damit drohende Obdachlosigkeit zu vermeiden. 5 796 Konsultationen wurden im Jahr 2007 vom Ressort Wohnhilfe registriert, das entspricht einem Zuwachs gegenüber dem Vorjahr um 3,4 %.“ Quelle: Statistisches Jahrbuch 2007, S. 197

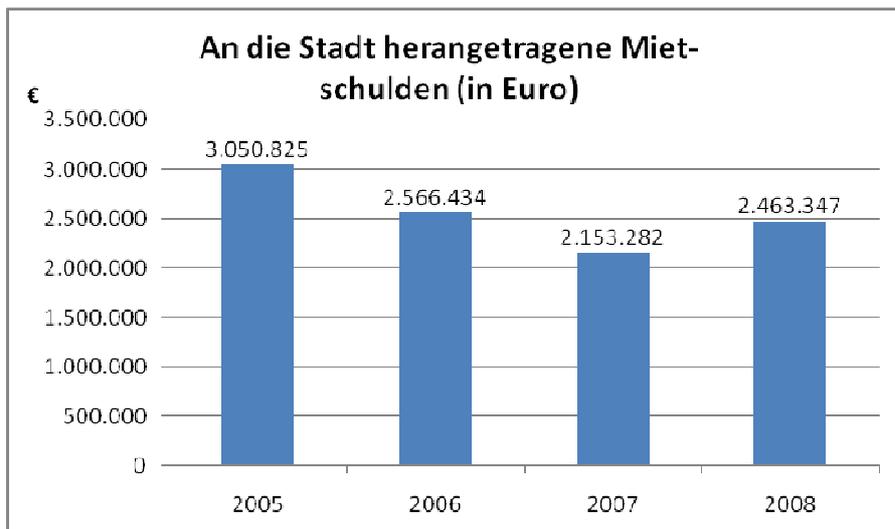


Abb.09: Mietschulden in Euro; Quelle: Statistisches Jahrbuch 2007, S. 203; Statistischer Quartalsbericht 4/2005, S. 70; Sozialamt

Die Zahl der von der Stadt regulierten Mietschulden ist seit 2005 um zwei Drittel bzw. 600.000 Euro zurückgegangen: von rund 875.000 auf rund 300.000 Euro.

Unterstützt das Sozialamt die Haushalte, dann gelingt es oft, Kündigungen zu vermeiden. Jedoch ist sowohl die Zahl der erhaltenen als auch die der nicht erhaltenen Mietverhältnisse seit 2005 zurückgegangen. 2006 waren von nicht erhaltenen Mietverhältnissen überdurchschnittlich viele Kinder betroffen; im Allgemeinen ist die weitaus größte betroffene Gruppe die der männlichen Erwachsenen (**Abb.10**).

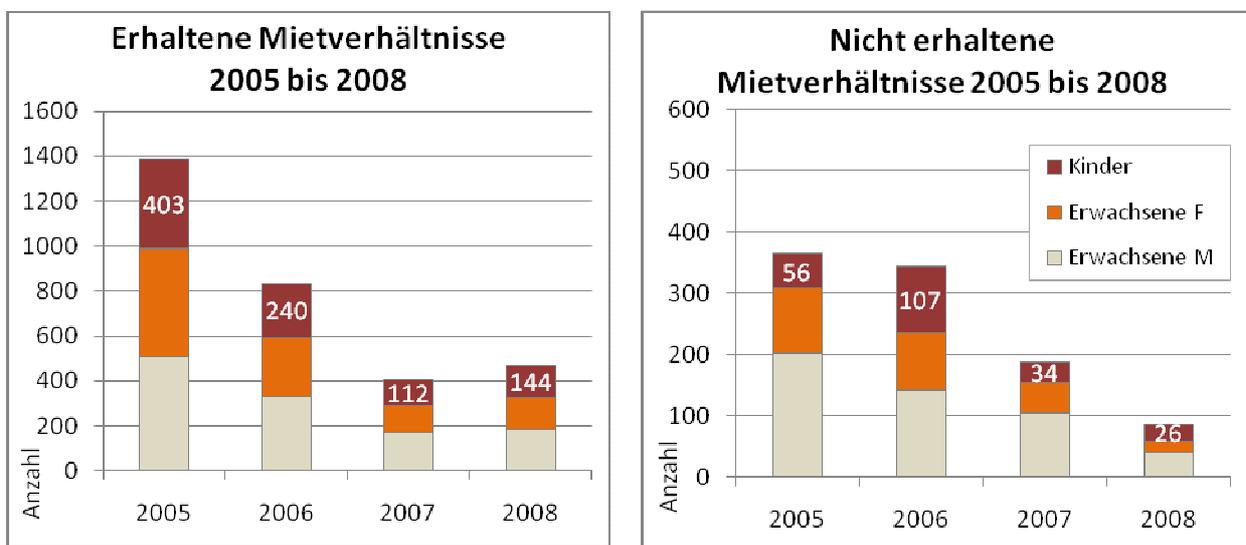


Abb.10: Anzahl der Personen, deren Mietverhältnisse erhalten bzw. nicht erhalten werden konnten; Quelle: Statistischer Quartalsbericht 4/2005; Statistisches Jahrbuch 2007, S. 203; Quelle 2008: Amt für Bürgerservice; Sozialamt

Der größte Teil der nicht erhaltenen Mietverhältnisse konnte wegen „mietwidrigen Verhaltens“, ein kleinerer Teil wegen Ablehnung der Mietschuldenübernahme (in der Regel nach der zweiten Mietschuldenübernahme) durch die Stadt nicht gerettet werden. Der Anteil von Letzterem an allen nicht erhaltenen Mietverhältnissen ist seit 2005 allerdings angestiegen: von zehn Prozent auf ein Drittel der Fälle.

Von den herangetragenen Zwangsräumungen wurde der weitaus größte Teil (mit anschließender Unterbringung) auch durchgeführt (jeweils rund 84% in den Jahren 2005 bis

2008). Die Gesamtzahl der herangetragenen Zwangsräumungen ging seit 2005 von etwa 350 auf etwa 220 zurück.

Wenn Familien aufgrund von **Energieschulden** einen Mangel an Energieversorgung haben, schränkt das ihre Möglichkeiten ein, Geräte wie Kühlschrank und Boiler zu nutzen, die für Hygiene und die Lagerung von Nahrungsmitteln notwendig sind. Familien mit Kindern erhalten vom Sozialamt ein Darlehen, um der drohenden Energiespernung zu entgehen.

Die nachfolgende **Tab.06** zeigt die Entwicklung der Zahl der Wohngeldempfänger und gezahlten Wohngeldbeträge.

Wohngeldempfänger und -zahlungen pro Jahr				
	2005	2006	2007	2008
Wohngeldempfänger (Quartalsmaximum)	7.014	5.395	4.949	3.617
gezahlter Betrag in 1.000€	5.738.000	4.570.000	5.019.000	3.399.000
Betrag pro Wohngeldempfänger in €	818	847	1.014	940

Tab.06: Quelle: Statistisches Jahrbuch 2007, S.88; Statischer Quartalsbericht 04/2008, S. 27; Sozialamt

Mit dem Thema „Wohnen“ verbindet sich ein in Städten häufig zu beobachtendes Phänomen: *soziale Segregation*. Diese liegt vor, wenn bestimmte Einkommensgruppen (vgl. **Abb.11** zur Einkommensverteilung in den betrachteten Stadtvierteln sowie zum Bezug von Sozialleistungen **Abb.12**; vgl. dazu auch **Abb.04**, **S. 10**) und/oder soziale Schichten in bestimmten Gebieten (freiwillig oder auch nicht) konzentriert leben.

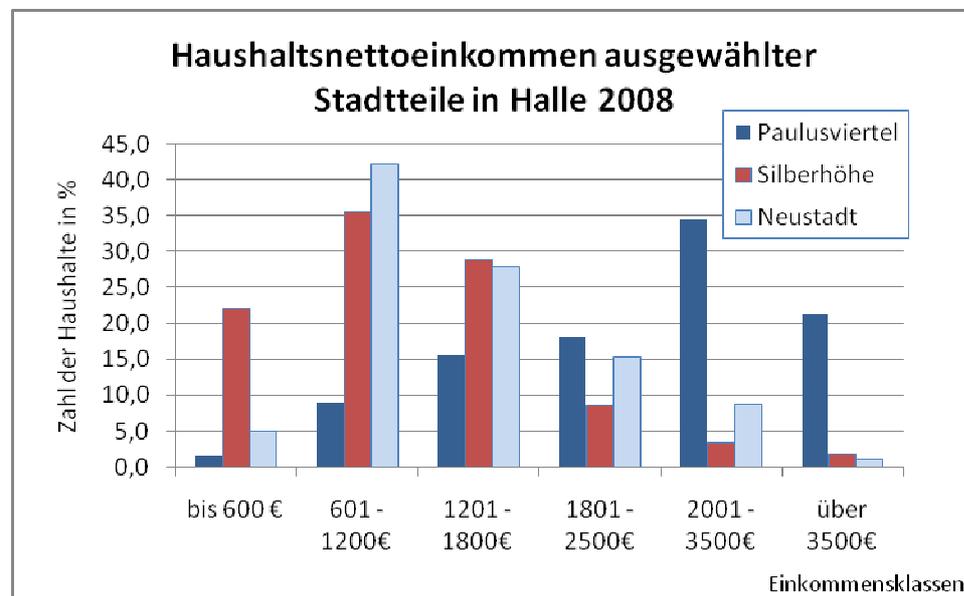


Abb.11: Monatliches Haushaltsnettoeinkommen in ausgewählten Stadtteilen der Stadt Halle 2008; Quelle: eigene Erhebung, Familienbefragung 2008, eigene Darstellung

Sozial Schwache und Arme leben häufig dort, wo es preiswerte Wohnungen gibt. Das betrifft jene Stadtteile, in denen große Wohnungsbestände mit verfügbarem Wohnraum sind. Dazu gehören vor allem die Großwohnsiedlungen Halle-Neustadt, Silberhöhe und Heide-Nord. Zu den Einwohnern dieser Stadtteile zählen mittlerweile überdurchschnittlich viele Einkommensschwache (vgl. **Abb.11**), so dass eine Konzentration von Armutslagen (**Abb.12**) besteht und wenig soziale Durchmischung möglich ist. Eine solche soziale Segregation neigt

dazu, sich selbst zu verstärken, etwa wenn ein Stadtteilimage sich verselbständigt und auch dann noch haftet, wenn es längst nicht mehr der Wahrheit entspricht.

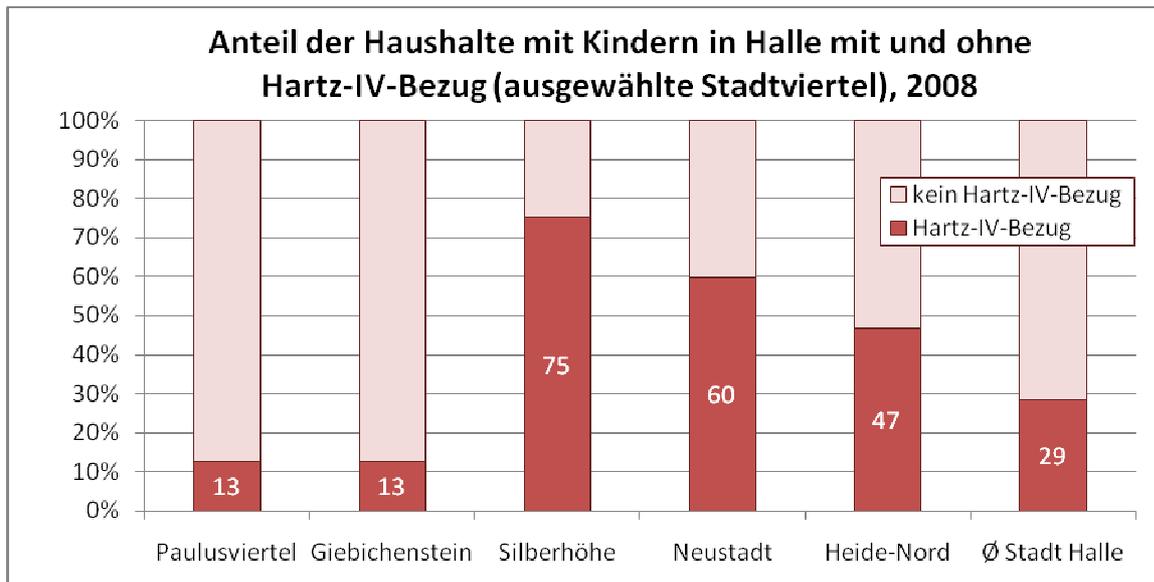


Abb.12: Bezug von Sozialleistungen nach Hartz IV in ausgewählten Stadtteilen der Stadt Halle 2008; Quelle: eigene Erhebung, Familienbefragung 2008, eigene Darstellung → Auflistung aller Stadtteile im Anhang!

Positiv muss man hervorheben, dass die subjektive Wohnzufriedenheit der Halleschen Bürger seit 1993 deutlich gestiegen ist: mit ihrer *Wohnumgebung* waren 2007 über 60% der Bürger zufrieden, mit ihrer eigenen *Wohnsituation* sogar etwas über 70%. 1993 hatten beide Werte noch bei deutlich unter 30% gelegen³⁰.

4.4 Gesundheit

Nach den Erfahrungen des Arbeitskreises Armut (die sich mit anderen Untersuchungen decken³¹), leiden Kinder häufig unter Fehl- oder Mangelernährung. Sie bringen in Kita und Schule kein Frühstück mit und werden dann auch (wegen Geldmangels) von der Schulspeisung ausgeschlossen, was sie sowohl gesundheitlich beeinträchtigt als auch sozial isoliert. Abwechslung in der Nahrung fehlt häufig völlig; und da Lebensmittelpreise steigen, bekommen Kinder häufig keine kind- bzw. entwicklungsgerechte Nahrung. Viele Familien kochen gar nicht, was u.a. mit einer mangelnden Erziehungskompetenz der Eltern zusammenhängt.

Der Halle-Pass bietet Ermäßigungen auf das Essengeld. Die Stadt subventioniert auf diese Weise für bedürftige Kinder sowohl Kinder- als auch Schulspeisung mit jährlich steigenden Beträgen; im Jahr 2008 mit rund 626.000 Euro (siehe **Tab.07**).

³⁰ Bürgerumfrage 2007

³¹ vgl. etwa Caritas Zürich: Dossier Familienarmut, S. 6 und 16, „KIGGS- Die Studie zur Gesundheit von Kindern und Jugendlichen“ des Robert-Koch-Instituts 2006

	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Kinderspeisung (Kita)	238.000	260.500	222.000	297.000	321.000	410.000
Schülerspeisung (Schule)	156.000	118.500	123.000	145.000	189.000	216.000
Summe Kinder- und Schülerspeisung	394.000	379.000	345.000	442.000	510.000	626.000
Anteil an jährlichen Ausgaben für Halle-Pass	84%	83%	80%	81%	85%	86%

Tab.07: Zuschüsse der Stadt Halle (Saale) zu Kinder- und Schülerspeisung für die Inhaber eines ausgestellten Halle-Passes 2003 bis 2007; Auszug; Quelle: Amt für Finanzservice, Statistisches Jahrbuch 2007, S.202

Bei Kindern, die von Armut betroffen sind, treten (im Vergleich zu Kindern aus finanziell besser gestellten Familien) häufiger Probleme wie Zahnkrankheiten, Wachstumsstörungen und Gewichtsprobleme (Adipositas) auf³². Ursachen dafür sind neben der Fehlernährung häufig mangelnde Bewegung und fehlende Einsicht zur medizinischen Versorgung.

Kinder erfahren teilweise bereits als Säuglinge Beeinträchtigungen, wenn die Mütter kein gesundheitsbewusstes Verhalten aufweisen und während der Schwangerschaft rauchen und/ oder Alkohol konsumieren. Untersuchungen belegen, dass dies besonders in den unteren sozialen Schichten der Fall ist³³.

Voruntersuchungen bzw. U-Untersuchungen werden ausgelassen bzw. nicht in Anspruch genommen und somit können bestimmte Entwicklungsdefizite oder Verhaltens- und Sprachauffälligkeiten nicht rechtzeitig erkannt und behandelt werden (in vielen Fällen fehlt auch die Bereitschaft und Disziplin der Eltern, ihre Kinder regelmäßig zu entsprechenden Therapien zu begleiten)

Zu den gesundheitlichen Störungen gehören physische und auch psychische Probleme. So ließ sich in den Einschulungsuntersuchungen der letzten 3 Jahre feststellen, dass ca. 3 bis 7% der Kinder unter Verhaltensstörungen leiden. 4 bis 8% der Einschüler sind übergewichtig (Adipositas), 5 bis 9% wiesen Haltungsschäden auf und bei 14 bis 22% der Kinder ließen sich Sprachauffälligkeiten feststellen.

Ein weiterer Aspekt ist die Inanspruchnahme von Präventivmaßnahmen wie z.B. Impfungen. Studien belegen einen Zusammenhang zwischen der Vollständigkeit der Impfungen und der Sozialen Schicht³⁴ – Kinder aus ärmeren Familien (Kinder arbeitsloser Eltern) weisen häufiger einen unzureichenden Impfschutz auf als andere Kinder. In Halle lässt sich dieser Zusammenhang jedoch in der Form nicht belegen. Stattdessen zeigt sich, dass auch in Stadtteilen wie dem Paulusviertel, wo überwiegend bildungsnahe Schichten leben, der Durchimpfungsgrad im Vergleich zu anderen Stadtteilen geringer ist. Eine Erklärung ist hier oft in der ideologischen Einstellung der Eltern zu Impfungen zu suchen (generell insbesondere bei Eltern mit höherem Bildungsstand).

³² Vgl. Trabert, Gerhard „Kinderarmut und Gesundheit“ in: Kinderarmut in einem reichen Land; Friedrich Ebert Stiftung, PARITÄTISCHER Sachsen-Anhalt e.V. 2008, S. 53ff.

³³ ebd.

³⁴ vgl. Gerhard Trabert: „Kinderarmut und Gesundheit“, in: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.): „Kinderarmut in einem reichen Land“, Magdeburg 2008, S. 56

5. Erziehung

Gemäß § 27 SGB VIII hat „ein Personensorgeberechtigter bei der Erziehung eines Kindes oder eines Jugendlichen Anspruch auf Hilfe (Hilfe zur Erziehung), wenn eine dem Wohl des Kindes oder des Jugendlichen entsprechende Erziehung nicht gewährleistet ist und die Hilfe für seine Entwicklung geeignet und notwendig ist.“

Dabei ist die Armut der Eltern nicht die Ursache ihrer mangelnden Erziehungsfähigkeit. Erfahrungen aus der sozialen Arbeit besagen aber, dass mangelnde Erziehungskompetenz der Eltern oft in Kombination mit anderen Defiziten (auch Einkommens- und vor allem Bildungsarmut) auftreten. In **Abb.14** wird deutlich, dass die steigende Zahl der Hilfe und Beratung suchenden Eltern in Erziehungsfragen mit einem wachsenden Beratungsbedarf zu den Themen Schulden, Wohnungsprobleme, Sozialleistungen usw. einhergeht.

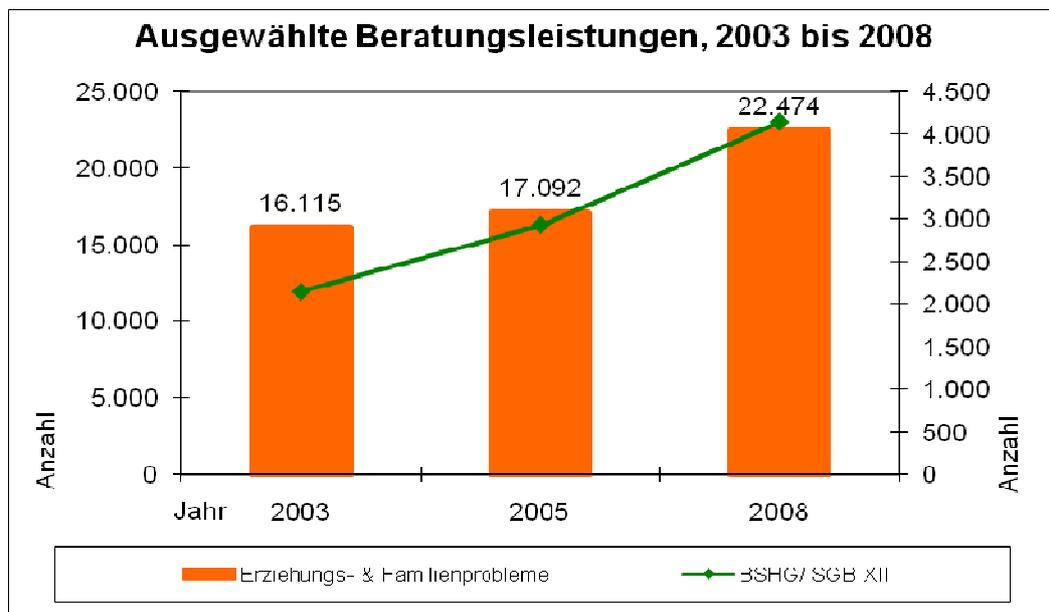


Abb.14: Ausgewählte Beratungsleistungen, Quelle: Amt für Kinder, Jugend und Familie

Die Entwicklung der vorangegangenen Jahre zeigt, dass die Zahl der Ratsuchenden, die den Allgemeinen Sozialen Dienst des Amtes für Kinder, Jugend und Familie aufsuchen, stetig ansteigt. Dabei sind 2 Aspekte von besonderer Bedeutung:

1. im Rahmen der steigenden Anzahl der Ratsuchenden erhöht sich die Anzahl der Alleinerziehenden enorm
2. die Beratungsleistungen außerhalb der Erziehungs- und Familienprobleme nehmen ständig zu

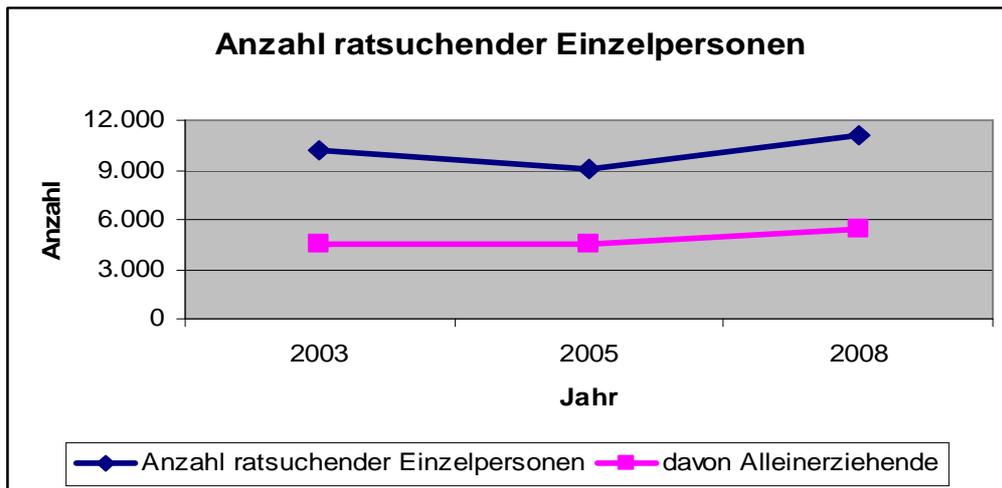


Abb.15: Anzahl Rat suchender Einzelpersonen; Quelle: Amt für Kinder, Jugend und Familie

Das bedeutet, Familien bzw. Alleinerziehende, die sich ausschließlich wegen einer Hilfe zur Erziehung ihres Kindes an den ASD wenden, sind eher selten, meist besteht eine Problemdichte, die materielle Notlagen, Schulden, Sucht, psychische und psychosomatische Diagnosen u.a. umfasst.

Auch hier kann -wie bereits beschrieben- kein direkter Vergleich zwischen materieller Armut und Erziehungsproblemen gezogen werden. Allerdings sind diese Familien sowohl quantitativ und qualitativ auf Beratungs- und Hilfsangebote angewiesen, die weit über eine Hilfe zur Erziehung hinaus gehen.

Das bedeutet auch, wenn das Ziel der Jugendhilfe darin besteht, dass die Kinder und Jugendlichen in ihrem Familienbezug aufwachsen sollen, dass auch die gesamte Familie betrachtet und in ein Hilfesetting einbezogen wird.

Insbesondere die ambulanten Hilfen werden zunehmend darauf ausgerichtet, flexibel und alternativ auf den Einzelfall zugeschnitten zu sein (§ 27.2 SGB VIII) (**Abb.16**), was allerdings die Zusammenarbeit mit unterschiedlichen Institutionen, Behörden und Trägern voraussetzt.

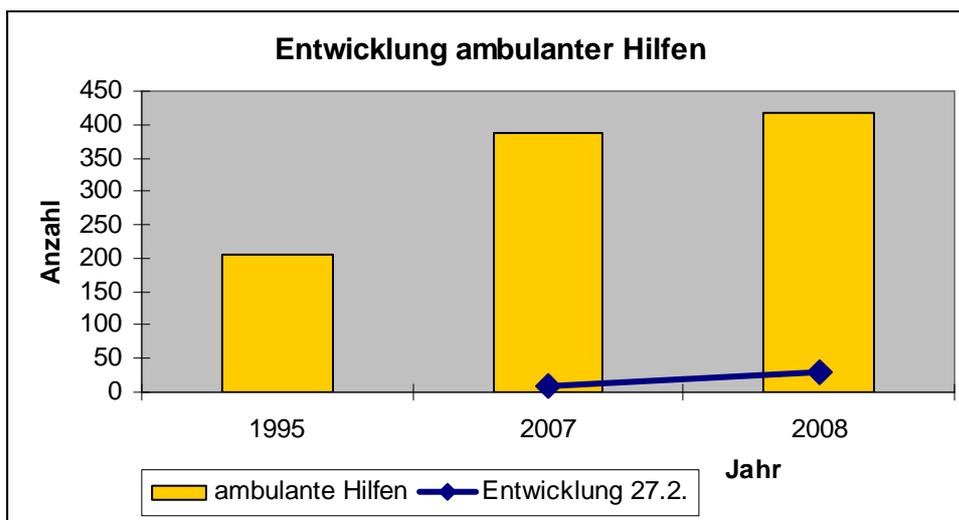


Abb.16: Entwicklung ambulanter Hilfen, Quelle: Amt für Kinder, Jugend und Familie

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass sowohl der ASD als auch die Träger der Leistungen die Gesamtsicht auf die Familien und ihre Problemlagen haben und an der Ziel – und Passgenauigkeit der Hilfen -einschließlich ihrer nachhaltigen Wirksamkeit- arbeiten.

Eine Einschränkung soll an dieser Stelle jedoch formuliert werden: Wenn Familien sich

entschließen, den ASD aufzusuchen bzw. durch Dritte vermittelt werden, ist die Problemverfestigung so weit fortgeschritten, dass präventive Beratungs- und Unterstützungsangebote nicht mehr ausreichen.

Die Zahl der Kinder und Jugendlichen, die auf Heimerziehung angewiesen sind, umfasst jährlich ca. 300 Fälle. **(Abb.17)** Die Zahl der Hilfen zur Erziehung insgesamt ist stabil und liegt bei ca. 1000 Hilfen im Jahr. Das Verhältnis von familienersetzenden zu familienergänzenden Maßnahmen liegt bei ca. 59 % zu 41 %.

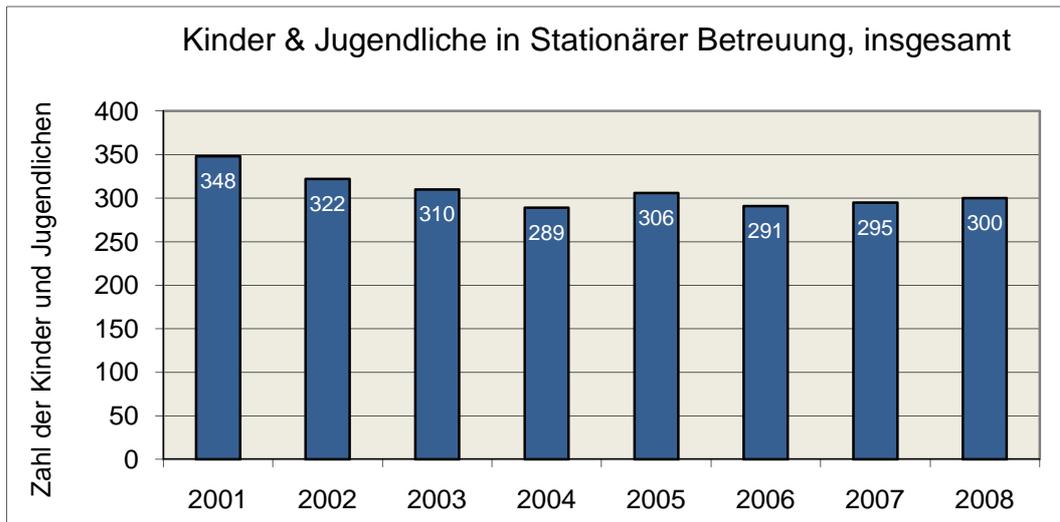


Abb.17: Kinder und Jugendliche in Stationärer Betreuung (Heim- und Wohngruppen), Stichtag zum 31.12. ; Quelle: Statistisches Jahrbuch 2007, S.205; Statistischer Quartalsbericht 4/08, S. 59; Amt für Kinder, Jugend und Familie

Das große finanzielle Engagement der Stadt für die Hilfen zur Erziehung dient nicht vordergründig der aktiven Kinderarmutsbekämpfung. Die Hilfen zur Erziehung sollen die Erziehungskompetenzen der Eltern so gut es geht herstellen und Kindeswohlgefährdungen verhindern. Auf diese Weise wird mit mittel- und unmittelbaren Effekten die Kinderarmut bekämpft, indem Ressourcenzugänge für Wohnen, Gesundheit, Bildung, Ernährung, Kleidung usw. den betroffenen Kindern eröffnet werden, die sie sonst oft in ihren Herkunftsfamilien nur unzureichend finden.

Der Verpflichtung der Eltern, sich an den Kosten der Hilfen zur Erziehung zu beteiligen, können immer weniger Eltern nachkommen. Die folgende **Abb.18** zeigt die abnehmende materielle Leistungsfähigkeit der Eltern, die die Kostenbeteiligung zunehmend weniger aufbringen können und liefert damit ein weiteres Indiz für das hohe Armutsrisiko von Empfängern von Hilfen zur Erziehung.

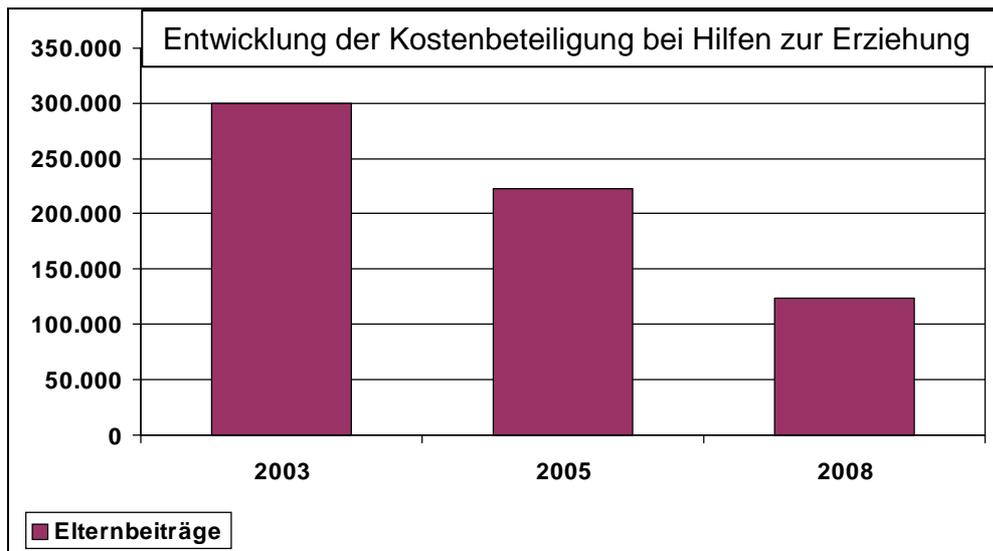


Abb.18: Entwicklung der Kostenbeteiligung bei Hilfen zur Erziehung, Quelle: Amt für Kinder, Jugend und Familie

6. Handlungsbedarf und Maßnahmenkonzept

In der Stadt Halle besteht seit Jahren eine ausdifferenzierte Netzwerkstruktur, deren Angebotspalette insbesondere Familien in den verschiedenen Lebenslagen, Beratung, Unterstützung und Hilfe bietet. In diesem Kontext müssen auch öffentlichkeitswirksam bewährte Programme der Gesundheitsförderung zur Wissensvermittlung über Ernährung, körperliche Bewegung in Kindertagesstätten und Schulen getragen werden. Zu dieser notwendigen Öffentlichkeitsarbeit gehört auch, Aufklärungskampagnen zu Impfungen und Gesundheit an die Eltern zu richten (z.B. „Ich geh zur U! Und Du?“).

Die Hilfen werden in der sozialpädagogischen Arbeit prinzipiell in einem 3-Ebene-Ansatz organisiert.

1. sozialpädagogische Arbeit mit Kindern
2. explizite Einbeziehung der Eltern und Familien der Kinder
3. sozialraumbezogene Netzwerkarbeit

Aus der Familienbefragung 2008 wissen wir, dass die Informiertheit der Familien über die Leistungspalette von Ämtern, familienrelevanten Diensten, Einrichtungen zu gering ist. Hier ist dringend angeraten die Öffentlichkeitsarbeit zu verbessern.

Ein großes Potential in der Armutsbekämpfung liegt in der weiteren Verbesserung der Vernetzung und Kooperation zwischen bestehenden Trägern, Diensten und Behörden. Beispielsweise sind die Träger von Kleiderkammern und Möbelbörsen für deren Betrieb von den bewilligten Beschäftigungsmaßnahmen der ARGE abhängig. Erfolge hier durch unterschiedliche Laufzeiten der Maßnahmen Brüche, müssen die Träger diese Einrichtungen vorübergehend schließen. Die Bürger stehen dann vor verschlossenen Türen, obwohl die Mitarbeiter der ARGE und Beratungsstellen die Nutzung der Einrichtungen empfohlen haben. So kann es vorkommen, dass es im vergangenen Monat fünf Kleiderbörsen gab, in diesem Monat jedoch nur noch eine. Hier kann durch Kooperation und gegenseitiges Informieren sehr viel verbessert werden.

Die nachfolgenden Empfehlungen, die sich auf spezifische Bedarfe im Kontext der Kinderarmut beziehen, wurden von einer dezernatsübergreifenden Arbeitsgruppe erarbeitet.

1. Arbeitsmarktbezogene Handlungsfelder

a) Jugendarbeitslosigkeit

Problemlage	Der Anteil arbeitsloser Jugendlicher an den 15 - unter 25 jährigen Einwohnern steigt an und beträgt ca. 10 %.
Bedarf	Insbesondere sind junge Menschen betroffen, die keine abgeschlossene Berufsausbildung haben.
Empfehlung	Entwicklung und Realisierung eines Projektes der Jugendberufshilfe gemäß § 13 SGB VIII in der Zusammenarbeit Arbeitsagentur, ARGE, Jugendhilfe sowie Trägern der freien Jugendhilfe bzw. Bildungsträgern

Problemlage	In den vergangenen Jahren hatte sich das Verhältnis zwischen Schulabschluss und Ausbildungsanforderungen vollkommen verändert. Dem freien Markt standen genügend Abiturienten zur Verfügung, die einen Beruf erlernen wollten und Realschüler verdrängten. Aufgrund der demografischen Entwicklungen ist gegenwärtig das Verhältnis von Ausbildungssuchenden und Ausbildungsplätzen ausgewogener und die Chancen für Realschüler sind gestiegen. In Zukunft wird es aber zu einem Nachwuchsmangel in der Wirtschaft kommen.
Bedarf	Klärung der realen Anforderungen an Schüler, die sich für eine Ausbildung bewerben und wie können sie darauf vorbereitet werden
Empfehlung	1. Organisation einer Fachtagung der unterschiedlichsten Professionen (Wirtschaft/Unternehmen in Halle, IHK, Schule, Arbeitsagentur/BIZ, Jugendhilfe u.a.) 2. regelmäßige bzw. projektbezogene Angebote/Fachrunden von Wirtschaft und Unternehmen an Sekundarschulen im Rahmen des Unterrichts (Sozialkunde) sowie von Projektwochen 3. Kooperationen/Patenschaften von Unternehmen, Ausbildungsträgern und Schulen

b) Langzeitarbeitslosigkeit

Problemlage	Der Anteil der Langzeitarbeitslosen an allen Arbeitslosen beträgt über 40 %.
Bedarf	Ein Bedarf wird hier vorrangig für die Zielgruppe der Eltern gesehen, die keine abgeschlossene Berufsausbildung aufweisen bzw. seit der Ausbildung arbeitslos sind und deren Kinder in Kindertagesstätten betreut werden.
Empfehlung	Initiierung gemeinsamer Projekte zur Beschäftigung/Fortbildung dieser Zielgruppe im Rahmen der bestehenden Kooperationsvereinbarung ARGE/Jugendhilfe, unter Einbeziehung der Quartiersrunden in den entsprechenden Stadtteilen Bei der Vergabe von Beschäftigungsmaßnahmen soll die Priorität auf Erwerbslose mit Kindern gesetzt werden.

2. Bildungsbezogene und gesundheitsbezogene Handlungsfelder

a) Frühkindliche Bildung

Problemlage	Mit dem Neugeborenenbegrüßungsprojekt werden unter anderen bedürftigen Frauen in einem Gespräch Hilfs- und Beratungsangebote der Stadt aufgezeigt. Über 90 % der 3-6 Jährigen besuchen eine Kindertageseinrichtung. Diese Kinder und ihre Eltern sind institutionell gut erreichbar.
1. Bedarf	Bei den Vorschuluntersuchungen der 4-5 Jährigen werden Förderbedarfe sowohl hinsichtlich der sprachlichen Entwicklung, der gesundheitlichen als auch der Verhaltensentwicklung festgestellt. Der Jugendärztliche Dienst berät die Eltern zu möglichen Angeboten (Logopäden, Psychologen und integrative Maßnahmen) der Inanspruchnahme von Fördermaßnahmen.
1. Empfehlung	Gemeinsame Beratung und Begleitung der Familien, deren Kinder einen Förderbedarf haben, durch das Gesundheitsamt, der Frühförderstellen, Fachberaterinnen Kindertageseinrichtungen. Hier ist der besondere Schwerpunkt auf die Arbeit mit den Eltern zu legen. Effektive Umsetzung des Gesetzes zur Sprachstandsfeststellung nach Veröffentlichung der Verordnung. Das Neugeborenenprojekt soll langfristig angelegt werden. Mit der behutsamen Ansprache von eventuell Unterstützung suchenden Müttern und den Familienbildungsaktivitäten in Kitas und Horten ist der Anfang von der Entwicklung von Präventionsketten gemacht.
2. Bedarf	Der festgestellte Förderbedarf bezieht sich fast ausschließlich auf die Fähigkeiten der Kinder. Außer acht gelassen werden dabei die Eltern, die mit dem Schuleintritt ihrer Kinder auch selbst mit neuen Aufgaben konfrontiert werden. Insbesondere die Eltern bzw. Alleinerziehenden mit den bereits beschriebenen Multiproblemlagen sind mit diesen gewachsenen Anforderungen (zeitlich gebundene Strukturen, Beschaffung und Kontrolle der Arbeitsmaterialien etc.) überfordert.
2. Empfehlung	Initiierung von konkreten Angeboten zur Stärkung der Elternkompetenz in Zusammenarbeit der Kitas/Fachberatern, Grundschulen, Familienbildungsstätten und Akteuren der Quartiersrunden Angebote der Familienbildung sollen in den Einrichtungen verstärkt an die Eltern herangetragen werden.

b) Schulbezogene Bildung / Schulsozialarbeit

Problemlage	Der Anteil der Schüler, die ohne einen Abschluss von der Schule abgegangen sind, konnte in den vergangenen Jahren reduziert werden.
Bedarf	<p>Insbesondere an den Sekundarschulen wird jedoch eine Entwicklung der Schüler beschrieben, die zunehmend von Perspektivlosigkeit sowie Verlust von Leitbildern und Normen - mit allen damit verbundenen Auswirkungen - geprägt ist. Die Sozialisationsfelder Schule und Familie allein können hier nicht gegensteuern. Daher wurde bereits seit 2005 die Intensivierung der schulbezogenen Jugendarbeit sowie von Angeboten der Schulsozialarbeit im Bereich der Jugendhilfe forciert.</p> <p>Allerdings sollten auch Lehrern Ressourcen zur Verfügung gestellt werden, auf soziale Problemlagen und Bedürfnisse der Schüler und deren Familien eingehen und die dringend erforderliche Beziehungsarbeit an den Schulen mit leisten zu können.</p>
Empfehlung	<ol style="list-style-type: none">1. Der Standard, der in den vergangenen Jahren erreicht wurde, soll beibehalten werden. Durch die Einbeziehung der Schulen in die Quartiersrundenarbeit soll es zunehmend gelingen, Projekte zu initiieren, die möglichst frühzeitig den Problemlagen -auch im Einzelfallbezug- entgegenwirken.2. Das ab 2009 vom Land geförderte ESF-Projekt der Schulsozialarbeit bedeutet für die Stadt Halle zum aktuellen Zeitpunkt den Einsatz von 13 Schulsozialarbeitern an 11 Schulen. Für weitere 4 Anträge steht die Entscheidung noch aus. Dieses Projekt soll evaluiert werden und bei Erfolg eine Fortführung mit kommunalen Mitteln frühzeitig geplant werden.3. Auf politischer Ebene sollte der Forderung nach der Umsetzung des § 1 - Erziehungsauftrag - des Schulgesetzes Land Sachsen-Anhalt und den damit verbundenen zeitlichen Ressourcen der Lehrer Nachdruck verliehen werden. (Die Beziehung Jugendhilfe-Schule ist keine Einbahnstraße.)

c) Außerschulische Jugendbildung

Problemlage	Materielle Armut bedeutet auch Einschränkungen hinsichtlich außerschulischer Bildung bzw. des Erlernens von Fähigkeiten und Fertigkeiten (Sport, Kunst, Kultur u.a.)
Bedarf	Regelmäßige Förderung / Finanzierung von Angeboten für Kinder und Jugendliche im konkreten Einzelbezug (Mitgliedbeitrag, Gebühren, Ausstattung etc.)
Empfehlung	<ol style="list-style-type: none">1. Schaffung von derartigen Möglichkeiten über eine entsprechende Regelung in der zentralen Förderrichtlinie verbunden mit verbindlichen Kooperationsvereinbarungen der unterschiedlichen Bereiche2. konkretes Sponsoring unter Einbeziehung der Bürgerstiftung, des Vereins „Wir helfen“, des „Lokalen Bündnisses für Familie“ etc.

Eine ausführliche und komplexe Darstellung dieses Bereiches wird im „Bildungsbericht“ erfolgen.

3. Gesundheitsbezogenes Handlungsfeld

Problemlage	Analysen zur gesundheitlichen Ungleichheit zeigen eindrücklich, dass Kinder und Jugendliche aus Familien mit niedrigem Sozialstatus in vielen Bereichen geringere Gesundheitschancen haben (z. B. Studie KiGGS)
Bedarf	Hier besteht der Bedarf, dass die Angebote sowohl die Kinder und Jugendlichen, als auch deren Eltern -in ihrer Verantwortung für ein gesundes Aufwachsen ihrer Kinder- einbeziehen. Die Problematik, die bei einer Vielzahl der bisherigen Angebote deutlich wird, betrifft die „Erreichbarkeit“ der Eltern.
Empfehlung	<ol style="list-style-type: none"> 1. effektivere Vernetzung zur Gesundheitsförderung in Halle zwischen Verwaltung, Freien Trägern und Bürgerschaft: „Regiestelle“ im Amt für Kinder, Jugend und Familie ansiedeln (Gesunde Städte-Projekt) 2. Weiterführung und Ausbau präventionsorientierter Angebote mit und für Kinder und Eltern (z. B. „Gesunde Ernährung für Familien“, VITAL- Projekt) 3. Erweiterung der Setting- Projekte mit Krankenkassen (bisher im sozialen Brennpunkt Silberhöhe) gezielt zur Förderung gesunder Ernährung und mehr Bewegung z. B. „Familie Aktiv 2009“ 4. AID- Ernährungsführerschein ablegen in allen Grundschulen von sozialen Brennpunkten (Schülerinnen und Schüler der 3. Klassen)

4. Handlungsfeld Migration

Problemlage	Familien mit Migrationshintergrund sind oft mit den vorhandenen Angeboten und Möglichkeiten schwer zu erreichen. Aufgrund kultureller Besonderheiten, aber auch durch vorhandene Sprachbarrieren haben sie oft keinen Zugang zu Beratungsstellen im Migrationsbereich.
Bedarf	<ul style="list-style-type: none"> • Förderung der Sprachfähigkeit innerhalb der Familien • Regelmäßige Angebote an Deutschkursen für Eltern • Stärkung der Motivation der Eltern, freiwillig Deutsch zu lernen • Stärkung der Selbsthilfepotentiale der Eltern • Sensibilisierung der Eltern für ihre Erziehungsverantwortung • Aufklärungsbedarf über die hiesigen Bildungseinrichtungen • Vermittlung konkreter Hilfen und Informationen für diese Familien • Informationsvermittlung für alle wichtigen Lebensbereiche
Empfehlung	Qualifizierung und Beschäftigung von Migrantinnen, die Familien aufsuchen und eine individuelle Beratungstätigkeit durchführen. Themenfelder: Kita, Schule, Sprachförderung, Ernährung, Gesundheitsvorsorge etc. Durchführung von Deutschkursen in den Schulen

Problemlage	Der Prozess der Integration geschieht nicht ohne Konflikte. Diese entstehen u.a. infolge sprachlicher Verständigungsschwierigkeiten, geringer Information und mangelndes Verständnisses für die kulturellen Unterschiede, Werte und Normen, sowohl auf Seiten der deutschen Bevölkerung als auch auf Seiten der Zuwanderer.
Bedarf	<ul style="list-style-type: none"> • Entwicklung einer wechselseitigen Akzeptanz und Toleranz zwischen Deutschen und Migranten • Sensibilisierung und rechtzeitiges Erkennen von Kommunikationsstörungen und Konflikten, Bemühungen um Verständnis und Vermittlung.
Empfehlung	<p>Einsatz von „Kulturmittlern“</p> <ul style="list-style-type: none"> • Sprachliche und interkulturelle Qualifizierung von Kulturmittlern, wobei die Kulturmittler selbst Migrantinnen oder Migranten sind; • Bildung eines Expertenpools von Kulturmittlern;

5. Handlungsfeld Zivilgesellschaft

Fazit	Die Bereitschaft zum bürgerschaftlichen Engagement ist in unserer Stadt groß. In den zahlreichen Vereinen im Bereich des Sports, der Kultur und Bildung sowie im Sozialen leisten Ehrenamtliche einen großen Teil der Arbeit.
Bedarf	Hier besteht der Bedarf, das Engagement mit den Bedarfen in Verbindung zu bringen
Empfehlung	Sehr gelungene Beispiele wie z. B. das von der Bürgerstiftung initiierte Projekt „Du hast Talent“ oder die Familienpatenschaften des Trägers „Villa Jühling“ als Best-Praxis-Projekte anzuerkennen und die Freiwilligenagentur zu ermutigen, diese Richtung weiter zu verfolgen und auszubauen.

6. Handlungsfeld „Handlungsketten“

Problemlage	Die Verflechtungen der jeweiligen Dimensionen von Armut wurden hinreichend beschrieben, ebenfalls, dass oftmals klare Grenzziehungen nicht möglich sind. Besonders betroffen sind immer wieder Kinder in Familien, in denen sich die Problemlagen verdichten und über lange Zeiträume hinweg auftreten, teilweise bereits in folgenden Generationen.
Bedarf	Die Auswirkungen der gesellschaftlichen sowie der soziodemografischen Entwicklungen in der Stadt Halle bedürfen entsprechender Konzepte, die eine ganzheitliche Betrachtung von A- wie Arbeit haben, über B- wie Bildung, über F- wie Familienfreundlichkeit, über K- wie Kinderarmut, über S- wie Stadtplanung bis Z- wie Ziele der Stadt Halle erfordern.

Empfehlung	<ol style="list-style-type: none">1. Der Stadtrat fasst entsprechende Beschlüsse zur Untersetzung hinsichtlich der Ziele der Stadt Halle als Voraussetzung für ein abgestimmtes, verbindliches Handeln aller Beteiligten (Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Vereine, Verbände u.a.).2. Der quantitative Ausbau und die qualitative Weiterentwicklung aufeinander abgestimmter präventiver und intervenierender Handlungsketten (von der Neugeborenenbegrüßung bis zur systemischen Familienarbeit/-therapie) stehen an oberster Priorität bei der Vergabe von Fördermitteln sowie der Akquise von Drittmitteln und der Gewinnung von Sponsoren.
------------	---

7. Anhang

Bedarfsgemeinschaften nach ausgewählten Merkmalen am 30.09.2008

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

	Bedarfsgemeinschaften insgesamt	darunter mit ...		Alleinerziehende erwerbs- fähige Hilfebedürftige
		mit 1 Kind	2 und mehr Kindern	
1 01 Altstadt	578	68	33	63
1 02 Südliche Innenstadt	2 372	455	328	474
1 03 Nördliche Innenstadt	1 214	194	122	174
2 04 Paulusviertel	632	153	79	119
2 05 Am Wasserturm/Thaerviertel	54	7	12	9
2 06 Landrain	121	26	13	20
2 07 Frohe Zukunft	77	9	5	13
2 21 Ortslage Trotha	720	85	58	99
2 22 Industriegebiet Nord	20	•	•	3
2 23 Gottfried-Keller-Siedlung	79	13	5	12
2 30 Giebichenstein	595	112	50	106
2 31 Seeben	37	8	4	6
2 32 Tornau	13	•	3	3
2 33 Möztlich	14	•	•	•
3 08 Gebiet der DR	11	•	3	3
3 09 Freimfelde/Kanenaer Weg	333	73	35	56
3 10 Dieselstraße	12	•	0	0
3 40 Diemitz	155	39	18	43
3 41 Dautzsch	29	4	0	4
3 42 Reideburg	103	20	4	15
3 43 Büschdorf	88	19	•	13
3 44 Kanena/Bruckdorf	58	6	3	7
4 11 Lutherplatz/Thüringer Bahnhof	922	138	113	145
4 12 Gesundbrunnen	569	60	23	69
4 13 Südstadt	1 869	321	172	325
4 14 Damaschkestraße	593	102	48	100
4 51 Ortslage Ammendorf/Beesen	566	74	54	77
4 52 Radewell/Osendorf	87	15	6	16
4 53 Planena	3	•	0	0
4 60 Böllberg/Wörmlitz	54	4	7	6
4 61 Silberhöhe	2 430	396	248	419
5 71 Nördliche Neustadt	2 001	425	282	421
5 72 Südliche Neustadt	2 862	474	380	496
5 73 Westliche Neustadt	1 889	323	206	353
5 74 Gewerbegebiet Neustadt	•	0	•	0
5 81 Ortslage Lettin	40	3	3	•
5 82 Heide-Nord/Blumenau	953	145	80	148
5 90 Saaleaue	29	4	3	4
5 91 Kröllwitz	119	19	11	13
5 92 Heide-Süd	18	•	•	3
5 93 Nietleben	94	11	9	13
5 94 Dölauer Heide	•	0	•	0
5 95 Döla	75	7	6	9
nicht zuordenbar	116	3	0	4
Insgesamt	22 608	3 826	2 433	3 866

Bedarfsgemeinschaften von Ausländern

	Bevollmächtigte Erwerbsfähige Hilfe- bedürftige Ausländer	davon nach Rolle in der Bedarfsgemeinschaft				
		Allein- erziehend	Partner- BG mit Kind(ern)	Partner- BG ohne Kinder	Single- BG	sonstige BG
101 Altstadt	78	16	6	11	42	3
102 Südliche Innenstadt	271	74	64	•	100	•
103 Nördliche Innenstadt	102	14	29	•	42	•
204 Paulusviertel	29	3	11	5	10	0
205 Am Wasserturm/Thaerviertel	0	0	0	0	0	0
206 Landrain	5	•	•	0	•	0
207 Frohe Zukunft	•	0	0	•	0	0
221 Ortslage Trotha	11	3	0	3	5	0
222 Industriegebiet Nord	0	0	0	0	0	0
223 Gottfried-Keller-Siedlung	•	0	0	0	•	0
230 Giebichenstein	30	5	5	•	15	•
231 Seeben	0	0	0	0	0	0
232 Tornau	0	0	0	0	0	0
233 Mötlich	0	0	0	0	0	0
308 Gebiet der DR	4	•	•	•	0	0
309 Freimfelde/Kanenaer Weg	16	•	5	3	6	•
310 Dieselstraße	•	•	•	0	0	0
340 Diemitz	•	•	0	0	0	0
341 Dautzsch	0	0	0	0	0	0
342 Reideburg	0	0	0	0	0	0
343 Büschdorf	3	0	0	•	•	0
344 Kanena/Bruckdorf	•	0	0	0	•	0
411 Lutherplatz/Thüringer Bahnhof	58	10	16	12	20	0
412 Gesundbrunnen	12	0	•	•	7	0
413 Südstadt	80	15	18	13	34	0
414 Damaschkestraße	18	7	•	•	5	0
451 Ortslage Ammendorf/Beesen	13	4	•	0	7	•
452 Radewell/Osendorf	•	•	•	0	0	0
453 Planena	0	0	0	0	0	0
460 Böllberg/Wörmlitz	•	0	0	•	0	0
461 Silberhöhe	95	16	24	10	40	5
571 Nördliche Neustadt	168	24	52	37	52	3
572 Südliche Neustadt	287	39	100	57	88	3
573 Westliche Neustadt	87	13	23	16	32	3
574 Gewerbegebiet Neustadt	0	0	0	0	0	0
581 Ortslage Lettin	0	0	0	0	0	0
582 Heide-Nord/Blumenau	20	3	4	4	9	0
590 Saaleaue	4	0	•	0	•	0
591 Kröllwitz	6	•	0	0	•	0
592 Heide-Süd	•	•	0	0	0	0
593 Nietleben	•	0	0	•	0	0
594 Dölauer Heide	•	0	•	0	0	0

595 Dölau	•	0	•	0	0	0
nicht zuordenbar	•	•	0	0	•	0
Insgesamt	1 414	258	370	233	529	24

Leistungsempfänger nach SGB III und SGB II am 30.09.2008

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

• Aus Gründen des Datenschutzes Nachweis nicht möglich

	Empfänger von ...			Sozialgeld	Alg I	
	Alg II				Insgesamt	darunter Frauen
	Insgesamt	darunter				
		unter 25 Jahre	alleinerziehend			
01 Altstadt	671	118	63	152	64	24
02 Südliche Innenstadt	3 184	672	474	1 296	262	107
03 Nördliche Innenstadt	1 545	300	174	509	175	90
04 Paulusviertel	789	127	119	344	138	71
05 Am Wasserturm/Thaerviertel	74	13	9	35	15	4
06 Landrain	166	26	20	54	34	15
07 Frohe Zukunft	101	12	13	21	26	14
21 Ortslage Trotha	878	128	99	218	93	42
22 Industriegebiet Nord	21	0	3	4	3	•
23 Gottfried-Keller-Siedlung	95	9	12	23	32	13
30 Giebichenstein	719	106	106	235	121	54
31 Seeben	56	9	6	16	22	16
32 Tornau	21	5	3	9	•	0
33 Mötzlich	20	3	•	3	9	•
08 Gebiet der DR	13	0	3	11	3	•
09 Freimfelde/Kanenaer Weg	462	104	56	160	38	15
10 Dieselstraße	14	3	0	•	10	7
40 Diemitz	184	34	43	82	31	14
41 Dautzsch	42	7	4	4	23	14
42 Reideburg	129	26	15	30	41	23
43 Büschdorf	114	16	13	26	50	25
44 Kanena/Bruckdorf	74	10	7	12	27	14
11 Lutherplatz/Thüringer Bhf.	1 242	228	145	404	126	59
12 Gesundbrunnen	710	113	69	118	129	58
13 Südstadt	2 519	495	325	712	202	90
14 Damaschkestraße	809	149	100	216	133	56
51 Ortslage Ammendorf/Beesen	735	123	77	217	113	41
52 Radewell/Osendorf	118	19	16	29	28	10
53 Planena	4	0	0	•	•	•
60 Böllberg/Wörmlitz	73	9	6	19	39	22
61 Silberhöhe	3 360	639	419	1 072	214	99
71 Nördliche Neustadt	2 948	614	421	1 145	236	108
72 Südliche Neustadt	4 022	838	496	1 445	223	89
73 Westliche Neustadt	2 606	486	353	836	232	117
74 Gewerbegebiet Neustadt	6	•	0	3	•	0
81 Ortslage Lettin	56	6	•	9	19	12
82 Heide-Nord/Blumenau	1 236	262	148	350	71	29
90 Saaleaue	33	5	4	11	5	•
91 Kröllwitz	146	19	13	47	34	15
92 Heide - Süd	21	4	3	5	49	24
93 Nietleben	128	15	13	32	29	11
94 Dölauer Heide	4	•	0	•	0	0
95 Dölau	101	17	9	23	50	24
nicht zuordenbar	121	36	4	3	42	19
Insgesamt	30 370	5 808	3 866	9 944	3 196	1 454

Quelle: HAL-SIS

Grundsicherung für Arbeitsuchende nach SGB II und Empfänger von Arbeitslosengeld nach SGB III am 30.09.2008

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

	Bedarfsge- meinschaften insgesamt	darunter mit 1 Person	Erwerbsfähige Hilfebedürftige insgesamt (Empfänger von Alg II)	darunter		Nichterwerbs- fähige Hilfebedürftige (Empfänger von Sozialgeld)	Empfänger von Arbeits- losengeld nach SGB III
				unter 25 Jahre	allein- erzie- hend		
1 01 Altstadt	578	431	671	118	63	152	64
1 02 Südliche Innenstadt	2 372	1 288	3 184	672	474	1 296	262
1 03 Nördliche Innenstadt	1 214	768	1 545	300	174	509	175
2 04 Paulusviertel	632	356	789	127	119	344	138
2 05 Am Wasserturm/Thaerviortel	54	26	74	13	9	35	15
2 06 Landrain	121	66	166	26	20	54	34
2 07 Frohe Zukunft	77	45	101	12	13	21	26
2 21 Ortslage Trotha	720	493	878	128	99	218	93
2 22 Industriegebiet Nord	20	16	21	0	3	4	3
2 23 Gottfried-Keller-Siedlung	79	52	95	9	12	23	32
2 30 Giebichenstein	595	383	719	106	106	235	121
2 31 Seeben	37	13	56	9	6	16	22
2 32 Tornau	13	•	21	5	3	9	•
2 33 Möztlich	14	9	20	3	•	3	9
3 08 Gebiet der DR	11	5	13	0	3	11	3
3 09 Freimfelde/Kanenaer Weg	333	178	462	104	56	160	38
3 10 Dieselstraße	12	9	14	3	0	•	10
3 40 Diemitz	155	90	184	34	43	82	31
3 41 Dautzsch	29	16	42	7	4	4	23
3 42 Reideburg	103	68	129	26	15	30	41
3 43 Büschdorf	88	52	114	16	13	26	50
3 44 Kanena/Bruckdorf	58	40	74	10	7	12	27
4 11 Lutherplatz/Thüringer Bahnhof	922	532	1 242	228	145	404	126
4 12 Gesundbrunnen	569	392	710	113	69	118	129
4 13 Südstadt	1 869	1 033	2 519	495	325	712	202
4 14 Damaschkestraße	593	320	809	149	100	216	133
4 51 Ortslage Ammendorf/Beesen	566	351	735	123	77	217	113
4 52 Radewell/Osendorf	87	47	118	19	16	29	28
4 53 Planena	3	•	4	0	0	•	•
4 60 Böllberg/Wörmlitz	54	34	73	9	6	19	39
4 61 Silberhöhe	2 430	1 317	3 360	639	419	1 072	214
5 71 Nördliche Neustadt	2 001	873	2 948	614	421	1 145	236
5 72 Südliche Neustadt	2 862	1 514	4 022	838	496	1 445	223
5 73 Westliche Neustadt	1 889	1 006	2 606	486	353	836	232
5 74 Gewerbegebiet Neustadt	•	0	6	•	0	3	•
5 81 Ortslage Lettin	40	24	56	6	•	9	19
5 82 Heide-Nord/Blumenau	953	589	1 236	262	148	350	71
5 90 Saaleaue	29	20	33	5	4	11	5
5 91 Kröllwitz	119	78	146	19	13	47	34
5 92 Heide-Süd	18	13	21	4	3	5	49
5 93 Nietleben	94	53	128	15	13	32	29
5 94 Dölauer Heide	•	0	4	•	0	•	0
5 95 Dölau	75	49	101	17	9	23	50
nicht zuordenbar	116	109	121	36	4	3	42
Insgesamt	22 608	12 765	30 370	5 808	3 866	9 944	3 196